

Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 1628. — Kreuzbandendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Verlagsstelle in Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volksbaus) Aufgang Boder C. — Tel. 27 503

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppelt gespaltene Kleinseite 1.— Reichsmark. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einblendung auf Postkassenkonto Leipzig 56383. Kassierer: L. Geiß Leipzig, Zeiger Straße 30, IV. (Volksbaus) — Rabatt wird nicht gewährt

Nr. 31

Sonnabend, den 1. August 1925

29. Jahrgang

Eine notwendige Entgegnung.

Die Unternehmerverbände hatten im Mai dieses Jahres an die Reichsregierung eine Denkschrift gerichtet, die nicht geringes Aufsehen verursachte. Sie stieg in nicht mißzuverstehenden Forderungen aus, daß diese sich in allem den Unternehmern an die Seite zu stellen habe. Ueberdies enthielt die Denkschrift Feststellungen wirtschaftlicher Art, die sich mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht vereinbaren ließen. Die gesamte Öffentlichkeit sollte durch diese einseitigen Feststellungen im Sinne der Unternehmer beeinflusst werden. Die Denkschrift war nur ein Glied in der Kette eines groß angelegten Feldzuges, der sich letzten Endes gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten richtete.

Die Gewerkschaften konnten zu alledem nicht schweigen. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund nahm bereits in seiner Sitzung vom 12. Juni zu der Denkschrift Stellung und brachte in einer scharfen Entschiedenheit die Meinung der freien Gewerkschaften zum Ausdruck. Doch konnte es hiermit nicht sein Bewenden haben. Es mußte ein gemeinsamer Schritt bei denselben Stellen unternommen werden, an die sich die Unternehmer zu wenden glaubten. Und so entstand denn eine Denkschrift der Gewerkschaften aller Richtungen, die vom 7. Juli dadiert der Reichsregierung überreicht wurde.

Punkt für Punkt wird zu der „vertraulich“ überreichten Denkschrift der Unternehmerverbände Stellung genommen, schief vorgebrachtes Material richtiggestellt, unberechtigte Vorwürfe gegen die Arbeiter, Angestellten und Beamten zurückgewiesen und der Standpunkt der Gewerkschaften klargestellt. So entstand ein Memorandum, für die Gewerkschaften der Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften das Wort zu sprechen.

Dem unberechtigten Vorwurf der Unternehmerverbände, daß die deutschen Gewerkschaften von internationalen Einflüssen abhängig seien, wird die Tatsache gegenübergestellt, daß die Tiefhängigkeit oder gar weitere Senkung des Lebensstandards der deutschen Arbeiterschaft durch Lohnruhr und lange Arbeitszeit automatisch die Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeitnehmer in den Wettbewerbsländern nach sich ziehe. Demgegenüber wird nachgewiesen, daß selbst dort, wo im Ausland das Lohnniveau nicht über dem deutschen liegt, eine stärkere Steigerung der Löhne gegenüber dem Friedensrealstand stattgefunden hat. Es wird hier vor allem auf das außerordentlich wichtige Material hingewiesen, das Professor Dr. Paul Hensberg in der Monatschrift „Die Arbeit“ der Öffentlichkeit zugänglich gemacht hat. Die Denkschrift der Gewerkschaften geht weiter auf die Behauptung der Unternehmer ein, daß die Produktion und der Güterumsatz nur 70 Prozent der Vorkriegszeit betragen, und die Arbeitshöhe um 60 bis 100 Prozent gegenüber dem Vorkriegsstandes gestiegen seien. Die Einnahmen der Reichsbahn, der Gold- und Devisenbank, der Notenbanken, der Abrechnungsverkehr der Reichsbank, der Postverkehr und vieles andere demgegenüber darauf hin, daß der Wirtschaftsradius der Gegenwart dem der Vorkriegszeit nicht viel nachstehe.

Die Behauptung, daß das erhöhte Lohnniveau eine Preissteigerung verurteile, wird außerordentlich schlagend zurückgewiesen. Feste Löhne können solange nicht auf lange Sicht abgeschlossen werden, wie mit einer sich aus anderen Gründen ergebenden Preissteigerung gerechnet werden muß. Die Unsicherheit in den Absatz- und Produktionsbedingungen kann bei dem geringen Anteil, den der Lohn insgesamt und daher seine Schwankungen insbesondere am Produkt haben, im wesentlichen nicht auf das Konto des Lohnes gebucht werden. Vielmehr seien es fehlerhafte Inflationsgewohnheiten und die Ueberfälligkeit des Zwischen- und Einzelhandels, durch welche die Unsicherheit hervorgerufen werde.

Eine besondere Zielgröße der Angriffe in der Denkschrift der Unternehmer waren die Schlichtungsinstanzen und die sogenannten Zwangsarbitrage. Die Anrempelung der Schlichter entspräche einer verletzten maßlosen Autokratie. Die Gewerkschaften hätten keinen Grund, mit der Lohnpolitik der Schlichter sonderlich zufrieden zu sein. Aber die Unternehmer suchen das gesetzliche System zu diskreditieren, weil es eine Beschränkung ihrer Willkür bedeutet.

Scharf ins Gericht geht die Denkschrift der Gewerkschaften mit den Praktiken der Unternehmer in der Inflationszeit. Die verlockenden Möglichkeiten des Scheidungsverkaufs, die verderbliche Sucht, Sachwerte zu sammeln, die vertikale und horizontale Konzentration und wie dergleichen Dinge mehr sind, wurden angewandt, um eine persönliche Bereicherung herbeizuführen. Statt dessen wurde die organische Weiterentwicklung und die Durchorganisierung der Betriebe vernachlässigt. Das Ausland erhielt so einen nicht geringen Vorrang in der Konkurrenzfähigkeit. Und weil die Kapitalisten und Kredite nicht zur Intentionierung der Produktion verwandt wurden, ist die von den Unternehmern versprochene Preislenkung nicht durchgeführt worden. Der Preisstandard erfuhr auch keine Veränderung, obwohl die Kohlenpreise niedrig gehalten wurden, die Preise für Gas, Wasser und Elektrizität, die Umsatzsteuer usw. ermäßigt wurden.

Nachdem in aller Gründlichkeit die Probleme der Wirtschaft und der Sozialpolitik beleuchtet, kommt die Denkschrift zu folgenden Schlussfolgerungen:

„Die Gewerkschaften sind nicht bereit, das ihnen anvertraute Wohl der Arbeiterschaft, die in den Kriegs- und Nachkriegsjahren alle irdischen Opfer auf sich genommen hat, preiszugeben, sondern sie werden mit aller ihnen zu Gebote stehenden Kraft dieses Wohl schirmen und schützen und das Los der Arbeiterschaft zu bessern suchen, weil sie gewiß sind, ihrem Volk damit den größten Dienst zu erweisen.“

Es war notwendig, den Unternehmern mit aller Deutlichkeit entgegenzutreten. In der Denkschrift ist dies gründlich geschehen. Sie sollte deshalb auch von den Arbeitern, Angestellten und Beamten eifrig studiert werden.

Vom Büchsenmeister zum Verbandsstassierer.

Ein historischer Irrtum.

Von Alexander Knoll.

In letzter Zeit ist durch einen großen Teil der Gewerkschafts- presse ein Artikel gelaufen, der obigen Titel führt. Auch der „Stein- arbeiter“ hat ihn gebracht. Die in diesem Artikel angeführten Tatsachen stehen mit der Wirklichkeit, wie sie gewesen ist, zum Teil in erheblichem Widerspruch. Es sei mir daher gestattet, auf die darin enthaltenen Irrtümer einzugehen. Man könnte den Artikel viel-

leicht unwiderprochen hingehen lassen, wenn in ihm nicht jene typische Unklarheit und Unkenntnis über das Wesen der früheren Junggesellenbrüderschaften zutage träte, die man häufig gerade in der Arbeiterpresse antrifft. Es gibt auf diesem Gebiet — leider! — nicht wenig Autoren, die die Dinge der Vergangenheit so sehen — wie sie wünschen, und nicht, wie sie tatsächlich gewesen sind.

Schon der Titel selbst ist irreführend und unzutreffend. Der Büchsenmeister von ehemals ist nicht der Ahne des heutigen Verbandsstassierers. Wenn man schon einen Vergleich ziehen will, der aber, wie fast alle Vergleiche, hinkt, dann könnte man viel eher sagen, der Büchsenmeister von damals ist der Ahne — des Unternehmervertreuters in den heutigen gelben Verbänden! Auf keinen Fall war er der Vertreter der damaligen Arbeiterschaft oder gar ein proletarischer Funktionär, wenn man schon mal den Begriff „proletarisch“ auf die ehemaligen Junggesellenbrüderschaften anwenden will, was aber auch nur sehr bedingt zutrifft.

Also: der Büchsenmeister war der offizielle Vertreter des Unternehmertums — das ist die geschichtliche Wahrheit! Um das zu begreifen, muß man die rechtliche Grundlage der mittelalterlichen Handwerksorganisation kennen, die sogar bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts hinein uneingeschränkt gegolten und erst — in Preußen — mit der Stein-Hardenbergischen Gesetzgebung 1811 ihr Ende gefunden hat.

Diese Rechtslage war so, daß die Handwerksorganisationen nicht Organisationen eigenen Rechts, sondern übertragenen Rechts waren. Ihre „Privilegien“ waren ihnen in den meisten Fällen von der Stadtbürgerei oder aber von den Landesherrschaften verliehen. Auch wo das letztere der Fall war, übten die städtischen Obrigkeiten die Aufsicht aus, die auch die entscheidende Instanz für die Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen war, ebenso wie sie die Preise der Lebensmittel: Getreide, Brot, Fleisch und andres festlegte. Jeder Meister hatte der Obrigkeit Gehorsam und Treue zu schwören; ohne diesen Bürger Eid erhielt er nicht die Genehmigung zur Meisterhaft, auch wenn die Jung- sie ihm zu- erkennen wollte. Die Vorsteher der Jung- hatten noch einen besonderen Eid zu leisten, „daß sie dem Räte der Stadt treu und gehorsam sein, allen Anordnungen desselben Folge zu leisten, seinen Rügen zu gehorchen, seinen Schaden zu wenden bereit seien.“ Sie in allererster Linie waren dem Rat auch für alle Anordnungen und Verstöße in der Jung- verantwortlich. Die Gesellenbrüderschaften aber waren ein integrierender Bestandteil der Jung-. Rechtlich selbständige Gesellenbrüderschaften hat es nicht gegeben. Soweit dieselben hier und da, durchaus nicht überall, von der Obrigkeit die Erlaubnis zur Veranstaltung besonderer Zusammenkünfte erhielten, war in den allermeisten Fällen in den Satzungen bestimmt, daß diese Zusammenkünfte nur mit Erlaubnis der Jung- vorsteher und unter Aufsicht einer Vertretung desselben stattfinden dürften. Damit wahrte die Obrigkeit ihre Autorität und gelangte zugleich die rechtliche Abhängigkeit der Gesellenbrüderschaft von der Gesamt- jung- zum Ausdruck. Es entsprach das ja auch durchaus der patriarchalischen Grundauffassung des ehemaligen Obrigkeits- und Ständestaates. Um den Gesellen das noch ganz besonders deutlich vor Augen zu führen, wurde ihnen dann noch der Büchsen- meister auf die Nase gesetzt — das war ein wirklicher Meister, der von der Jung- dazu bestimmt wurde. Es war schon ein organisatorischer Fortschritt in der Richtung zum Mitbestimmungsrecht der Gesellen, daß ihnen — anfänglich nur selten, später häufiger — neben dem Büchsenmeister ein Büchsen- gelle zugeordnet wurde, den sie aus ihren Reihen wählten. Nur ganz vereinzelt sind die Fälle, wo man den Gesellenbrüderschaften eine völlig selbständige Verwaltung gewährte. Auch in diesen wenigen Fällen geschah es immer nur widerruflich. Diese Büchsen- gellen sind es, die man mit einigem Recht als die Vorgänger der heutigen Verbandsstassierer ansprechen kann.

Wenn nun gar in dem Artikel von „Kampfbüchsenmeistern“ die Rede ist, so ist eine solche Bezeichnung absolut nicht am Platze. Es hat in der Jungzeit niemals „Kampfbüchsenmeistern“ gegeben. Gewiß haben die Gesellenbrüderschaften zahlreiche Kämpfe geführt. Aber die wenigsten dieser Kämpfe, und am allerwenigsten vielleicht die schärfsten und langwierigsten, die sie geführt haben, hatten einen sozialen Inhalt. Denken wir nur an den sechsjährigen Kampf der Kolmarer Bäckermeiste, bei dem es sich um den vornehmsten Platz in der Frohnlehnungsprojektion handelte!

Alle Kämpfe, die die mittelalterlichen Gesellenbrüderschaften geführt haben, waren mit ganz seltenen Ausnahmen Kämpfe um sogenannte Ehrenpunkte. Kämpfe um die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im heutigen Sinne konnten sie gar nicht führen, einmal, weil die Festlegung derselben nicht Sache der Meisterhaft, sondern der Obrigkeit war, und zum andern, weil ein solcher Kampf nach geltenden Rechtsbegriffen „Aufruhr“ gewesen wäre, auf den in fast allen Fällen Stadterweisung auf ewige Zeiten, in schlimmeren Fällen sogar Leibesstrafe bis zur Todes- strafe stand. Dazu aber hatten naturgemäß die Gesellen keine große Lust. Es ist aber auch zu beachten, daß eine Verteuerung der Lebenshaltung, die heute in den meisten Fällen den Anlaß zu Lohn- kämpfen bietet, für die Gesellen sich ja nur selten unmittelbar fühlbar machte. Da die große Mehrzahl von ihnen im Haushalt des Meisters lebte, war es vielmehr dieser, der die Verteuerung der Lebenshaltungskosten unmittelbar zu verspüren bekam. Er konnte diese aber auch nicht ohne weiteres auf die Gesellen in Form der Kürzung des Barlohnes abwägen, da er dazu wiederum die Erlaubnis der Obrigkeit hätte einholen müssen, die aber doch auch nicht ohne weiteres gegeben wurde. Jedenfalls sind die Fälle sehr selten, wo es geschah. Mir sind überhaupt keine solchen bekannt.

Daß selbst in einer Zeit, wo tatsächlich schon tiefgehende soziale Gegensätze im Handwerk bestanden, die Gesellen nicht in erster Linie um solche, sondern noch immer in der Hauptsache um Ehren- stragen kämpften, beweist der von mir urkundlich belegte zwei- jährige Kampf der Berliner Schmiedegesellen**, der noch am Ende des 18. Jahrhunderts in Berlin mit so glänzendem Erfolge für die Gesellen ausgefochten worden ist.

Hoffentlich tragen diese Darlegungen ein wenig dazu bei, die grundsätzliche Auffassung, die noch in sehr vielen Köpfen spukt, als seien die Junggesellenbrüderschaften Klassenkampforganisationen

* Vergleiche hierzu das Kapitel: „Kämpfe der Gesellen aus fünf Jahrhunderten“ in meiner Schrift: Handwerksgehlen und Lehrlinge im Mittelalter.

** f. a. u. D

gewesen, zu zerstören. Die alten Junggesellen waren sicher in ihrer Art ganze Kerle; das haben sie oft genug bewiesen. Aber sie haben doch sehr oft um Dinge gekämpft, denen der heutige Arbeiter nicht nur verständnislos gegenübersteht, sondern für die er es sogar ablehnen würde, die Opfer und Mühen eines Kampfes auf sich zu nehmen.

So lagen und liegen die Dinge in Wirklichkeit.

Gewerkschaften und Unternehmerverbände.

Wie bekannt, hat die bis dahin unausgeseht aufwärtsstrebende Entwicklung der Gewerkschaften durch den Ausbruch des Krieges eine jähe Unterbrechung erfahren. Erst nach dessen Beendigung setzte zunächst ein langsamer, dann aber geradezu stürmisch verlaufender Aufstieg ein. Bedauerlicherweise hielt dieser nicht an. Schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit trat bereits wieder unter der Wirkung der sich verschlechternden Wirtschaftslage, besonders aber des Währungs zusammenbruchs, eine rückläufige Bewegung ein, die eine wesentliche Schwächung der Gewerkschaften veranlaßte. Sehr zum Nachteil der Arbeiter fiel diese Schwächung in eine Zeit, wo die Gewerkschaften unter dem rücksichtslosen Vorgehen der Unternehmer zur Herabdrückung der Löhne und Beseitigung des Achtstundentags der stärksten Belastungsprobe ausgesetzt waren. Daß sie sich trotz Mitgliederrückgangs, Verlust ihrer Kampffonds und Wirtschaftskrise behaupteten, sowie die Angriffe der Unternehmer weitgehend abwehrten, muß ihnen als besonderes Verdienst angerechnet werden. Inzwischen hat wieder eine Aufwärtsbewegung eingesetzt, die erfreulicherweise anhalt und hoffentlich zu einer dauernden Stärkung der Gewerkschaften nach innen und außen führt.

Den Höhepunkt der gewerkschaftlichen Entwicklung brachte, wie das loben ersiehene Jahrbuch der Berufsverbände im deutschen Reich für 1925 feststellt, das Jahr 1922. Zu dieser Zeit waren organisiert:

	Arbeiter	Angestellte	Beamte	Insgesamt
freigewerkschaftlich . . .	7 817 152	643 230	—	8 814 658
christlich-national . . .	1 031 006	459 576	390 478	1 881 060
freibeitl-national . . .	230 612	300 357	147 000	677 969
wirtschaftsrieblisch . . .	251 553	55 726	5 919	283 198
kommunal-syndikalistisch .	246 892	—	—	246 892
konfessionell . . .	40 400	11 000	—	51 400
in selbst. neutr. Verbänden	91 851	221 199	1 040 496	1 353 546
Zusammen	9 679 466	1 691 088	1 938 167	13 308 721

So groß und bedauerlich auch die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung in verschiedenen Richtungen ist, so gewahren diese Ziffern doch ein erfreuliches Bild. Das Verhältnis der organisierten Arbeitnehmer zu der Zahl der Organisationsfähigen, d. h. vorhandenen Arbeitnehmer, läßt sich zwar nicht einwandfrei feststellen. Legt man aber die Ergebnisse der Berufszählung von 1907, der Volkszählung von 1919 und der Krankenfallenzahlstatistik zugrunde, so ergeben sich nach den in Wirtschaft und Statistik 1921 erfolgten Feststellungen:

	Angestellte	Arbeiter
für die Land- und Forstwirtschaft . . .	109 456	7 950 000
für Industrie und Bergbau	781 628	9 889 474
für Handel, Verkehr und Gastwirtschaft	573 907	2 245 694
für persönliche Dienste	—	560 750
Zusammen	1 464 991	20 596 618

Insgesamt betrug also die Zahl der Arbeitnehmer, ausschließlich der Beamten 22 061 609. Zieht man jedoch in Betracht, daß unter den Arbeitern und Angestellten etwa 4,5 Millionen mitarbeitende Angehörige in Frage kommen, die in vorstehenden Zahlen mit eingerechnet sind, so waren 1922 rund zwei Drittel der in Deutschland vorhandenen Arbeitnehmer organisiert.

Wie bereits bemerkt, ließ sich dieser verhältnismäßig günstige Stand der Gewerkschaftsbewegung unter dem Einfluß der angeführten wirtschaftlichen Umstände nicht aufrechterhalten. Schon am Jahresende 1923 war der Mitgliederstand der freien Gewerkschaften auf 5 749 763, der christlichen Gewerkschaften auf 806 992 und der deutschen Gewerksvereine auf 216 467 gesunken. Für die übrigen gewerkschaftlichen Richtungen liegen bestimmte Angaben über die eingetretenen Mitgliederverluste nicht vor. Ebenso kann zur Zeit nicht festgestellt werden, in welchem Umfang sich die einsetzende Aufwärtsbewegung des Mitgliederstandes ausgewirkt hat. Nach den Mitteilungen der einzelnen Verbände haben sich die Verhältnisse wieder erheblich verbessert. Der Stand von 1922 konnte aber noch nirgends erreicht werden.

Demgegenüber haben die Arbeiter alle Ursache, die Entwicklung im Unternehmerlager zu beachten und daraus die erforderlichen Lehren zu ziehen. Bei den Unternehmern vollzog sich die Entwicklung der Organisation unter wesentlich günstigeren Verhältnissen. Sie setzte bereits zu einer Zeit ein, wo die Gewerkschaften noch unter den Einflüssen des Krieges, der Arbeitslosigkeit und den Einberufungen zum Heere schwer zu leiden hatten. Nach dem Jahrbuch bestanden bei Ausbruch des Krieges rund 878 Reichsverbände der Arbeitgeber nebst zahlreichen Landes-, Bezirks- und Unterverbänden. Von 1916 bis 1923 sind hierzu nicht weniger als 733 Reichsverbände hinzugekommen, so daß gegenwärtig insgesamt 1611 Reichsverbände, sowie 371 Landes- und Bezirksorganisationen mit ihren örtlichen und beruflichen Unterverbänden vorhanden sind.

In den letzten Jahren hat die Gründung neuer Arbeitgeberverbände nachgelassen, was aber nicht etwa auf Organisationsmüdigkeit, sondern darauf zurückzuführen ist, daß die weitere Organisationsmöglichkeit eine gewisse Grenze erreicht hat, die zur Zeit nicht überschritten werden kann. Mit anderen Worten: Das deutsche Unternehmertum ist im Gegensatz zur Arbeiterschaft nahezu reiflos organisiert, und zwar trifft das nicht nur für die großen, sondern auch mittleren und kleineren Unternehmer zu. Daneben hat die Organisation des Unternehmertums eine Konzentration erfahren, die von weitestgehender wirtschaftlicher und politischer Bedeutung ist.

Nach den von den Arbeitgebern gemachten Angaben gliedern sich die verschiedenen Reichsverbände in drei Gruppen: 1. in rein wirtschaftliche Verbände, 2. in Verbände, die sich nur mit Angelegenheiten und Arbeiterfragen befassen, und 3. in gemischte Verbände, d. h. solche, die neben wirtschaftlichen auch Angelegenheiten und Arbeiterfragen behandeln. Zu der ersten Kategorie zählen 1274, zur zweiten 57, zur dritten 280 Verbände. Die Zahl der eigentlichen Kampforganisationen ist also im Arbeitgeberlager wesentlich geringer als die der Reichsverbände überhaupt. Bemerkenswert er-

kennt zudem, daß sich die Zahl der ausschließlichen Kampforganisationen seit 1918 um 35 vermindert hat, ein Umstand, der aber nicht etwa eine Abnahme des Kampfes geistes der Unternehmer beweist, sondern lediglich zur Stärkung ihrer Aktionskraft beigetragen hat.

Wie in diesem Falle, macht sich das Streben nach engerem Zusammenhalt allgemein innerhalb der Unternehmerverbände bemerkbar. Dieser ist bereits soweit gediehen, daß eine nahezu lückenlose Zusammenfassung aller bestehenden Unternehmervereinigungen in einer kleinen Zahl überfachlicher Großorganisationen vorhanden ist, die ihrerseits wieder untereinander in engen Beziehungen oder Kartellverbindungen stehen. Auf dieser Grundlage sind fast alle industriellen, gewerblichen, land- und forstwirtschaftlichen, verkehrs- und handlungsgewerblichen Arbeitgeberorganisationen in dem Zentralausschuß der deutschen Unternehmerverbände vereinigt, der die geschlossene Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen sowie die einheitliche Abwehr aller gegen sie gerichteten Bestrebungen verfolgt. Angehört sind dem Zentralausschuß 14 Reichsgruppenorganisationen mit 565 Landes- und Bezirksverbänden.

Eine ähnliche Zusammenfassung zeigen die bedeutenderen Großorganisationen der einzelnen Wirtschaftsklassen. Als solche treten u. a. auf: die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, der Reichsverband der deutschen Industrie, der Reichsverband des deutschen Handwerks, der Zentralverband des deutschen Großhandels, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels und der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft. Am bedeutungsvollsten für die Arbeiterschaft ist die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die in 17 Berufsgruppen, 104 Industrieverbänden, 7 Landesverbänden, 44 Bezirksverbänden, 39 Ortsverbänden, 781 Unterverbänden und 5 sonstigen Vereinigungen den größten Teil des deutschen Unternehmertums umschließt. In enger Verbindung mit dem lediglich wirtschaftliche Zwecke verfolgenden Reichsverband der deutschen Industrie, der in 32 Fachgruppen 1002 unmittelbar und mittelbar angeschlossene Verbände aufweist, und in Fühlung mit den übrigen Großorganisationen, ist ihr die ausschließliche Führung des deutschen Unternehmertums in Lohn-, Tarif- und sozialpolitischen Fragen übertragen. In welcher Weise diese Aufgabe zu lösen versucht wird, ist den Gewerkschaften genügend bekannt. Von geringerer Bedeutung ist der Reichsverband des deutschen Handwerks mit 61 Reichs- und Landesverbänden. Wichtiger dagegen für die Verbraucherkreise der Zentralverband des Großhandels mit 11 Fachgruppen und 265 Verbänden, die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels mit 73 allgemeinen, Fach- und Bezirksverbänden sowie der Reichsausschuß der Landwirtschaft mit 20 Berufsgruppen.

In dieser Zusammenfassung stellt das organisierte deutsche Unternehmertum eine gewaltige wirtschaftliche Macht dar, die in der Verfolgung ihrer kapitalistischen und agrarischen Interessen keiner Zersplitterung unterliegt, wie sie leider bei den Arbeitern noch immer vorhanden ist. Zielbewußt und planmäßig werden von diesen Zentralstellen des Unternehmertums die auf die Ausbeutung der Arbeiter wie der gesamten verbrauchenden Bevölkerung gerichteten Bestrebungen verfolgt. Mit welchem Resultat, das beweisen die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. Diesen Machtfaktoren des Unternehmertums hat die Arbeiterschaft infolge ihrer Zersplitterung sowie der Teilnahmslosigkeit und Gleichgültigkeit weiter Arbeiterkreise gegenüber den gewerkschaftlichen, politischen und Selbsthilfebestrebungen der Arbeiterbewegung bis jetzt nichts Gleichartiges entgegenzusetzen. Die Folgen haben die Arbeiter in ihrer schlechten wirtschaftlichen Lage zu tragen. Nur wenn sie sich dazu aufraffen, ihre Gewerkschaften zu gleicher Stärke, Geschlossenheit und Leistungsfähigkeit auszubauen, wird ihre Stellung in Staat und Wirtschaft eine bessere werden können, als sie ihnen gegenwärtig eingeräumt ist. Mtt.

Agrarzölle und Industrie.

In den Verhandlungen, die der Zolltarifausschuß des Reichswirtschaftsrates unter Hinzuziehung von landwirtschaftlichen Sachverständigen über die Nahrungsmittelzölle führte, spielte die Frage der „Preisschere“ eine wichtige Rolle. Während von agrarischer Seite behauptet wurde, daß die Schere nach auseinanderläuft, daß also die Preise der von der Industrie gelieferten landwirtschaftlichen Produktionsmittel (Kunstdünger, Geräte usw.) viel höher über den Vorkriegspreis ständen, als die vom Landwirt erzeugten Produkte (Getreide, Kartoffeln usw.), wurde von Seiten des landwirtschafter Sachverständiger behauptet, daß diese Preisschere sich bereits geschlossen habe. Man konnte sogar zeigen, daß z. B. ein 50-Perdiger Motorflug, in Koggen gerechnet, vor dem Kriege rund 2000 Zentner kostete, jetzt dagegen nur 1100. Nunmehr ist es einem der damals vernommenen Sachverständigen, Dr. Baade, gelungen, nicht nur an einzelnen Beispielen, sondern allgemeingültig nachzuweisen, daß die Schere sich nicht nur geschlossen hat, sondern bereits nach der anderen Seite, zugunsten der Landwirtschaft geöffnet ist.

In Nr. 15 der Landwundzeitung der Provinz Sachsen hatte Freiherr von Lünig eine Zusammenstellung von Buchführungsergebnissen veröffentlicht, aus der die Aufwendungen der Landwirte für industrielle Produktionsmittel je Hektar hervorgehen sollten. In die Zusammenstellung waren Betriebsflächen von 23 bis 3000 Hektar einbezogen, also alle Größenklassen mit Ausnahme der Klein- und Zwergbetriebe und alle Bodenqualitäten von der Börde bis zum Eichsfeld und den armen Sandböden östlich der Elbe. Diese Aufstellung, die also von Landwundseite stammt und deshalb von ihr auch anerkannt werden muß, bildet die Grundlage für den von Dr. Baade berechneten Index. Für die Preisentwicklung der einzelnen Produktionsmittel, die er zu seiner Berechnung benötigte, nahm Dr. Baade die Indexzahlen, die ihm das Statistische Reichsamt überließ, und stellte mit Hilfe dieses Zahlenmaterials nunmehr fest, daß der Durchschnittspreis der vom Landwirt benötigten Produktionsmittel sich um nur 12 v. H. gegenüber dem Vorkriegsstand gehoben hat.

Ausgaben pro Hektar Jahr 1924 nach v. Lünig	Gegenstand	Mtl.	Anteil an der Gesamtausgabe umgerechnet auf 1918		Index Mai 1926
			1918	1924	
			100,00	100,00	100,00
	Düngemittel	57,31	50,24	87,7	92,9
	Pharmazeutische Präparate	2,72	1,67	61,4	138,1
	Inländische Kraftfuttermittel (außer pflanzliche)	1,21	0,83	68,6	124,3
	Brenn- und Heizstoffe	13,59	8,35	61,5	122,9
	Kraft- und Leuchtstoffe	13,92	9,86	70,9	115,3
	Reparaturmaterial				
	Maschinen- u. Geräte-Ersatz	33,68	20,16	60,0	142,4
	Baumstoffe	13,74	8,89	64,7	131,3
		138,17	100,00	100,00	111,73

Demgegenüber haben sich nach einer vom Statistischen Reichsamt berechneten Indexzahl die Agrarereignisse im Mai 1925 um 34 v. H. (nach dem Index vom 10. Juni 1925 gar um 34 v. H.) gehoben, so daß die Schere jetzt mit 16 v. H. zugunsten der Erzeugnisse des Landwirts geöffnet ist. Dies überraschende Ergebnis erklärt sich leicht daraus, daß die bisherigen Abschätzungen den großen Anteil der Kunstdüngemittel an den Ausgaben der Landwirtschaft (über 50 v. H.) nicht genügend in Rechnung gestellt hatten.

An dieses Zahlenmaterial knüpft Dr. Baade höchst bemerkenswerte Schlussfolgerungen. Da die gesamte landwirtschaftlich genutzte Fläche in Deutschland rund 30 Millionen Hektar beträgt und

nach den v. Lünigschen Angaben der Stickstoffverbrauch pro Hektar sich auf etwa 40 Kilogramm Reinstickstoff belaufen würde, so würde der deutsche Reinstickstoffverbrauch etwa 1,2 Millionen Tonnen ergeben, also das Vierfache des bisher höchsten Gesamtverbrauches (1923: 300 000 Tonnen). Nimmt man an, daß die von Lünig zugrunde gelegten Betriebe auch bei den übrigen Produktionsmitteln den Reichsdurchschnitt um das Vierfache übertreffen, so würde der Durchschnittsverbrauch von Produktionsmitteln je Hektar nicht 136,17 Mtl., sondern nur rund 34 Mtl. ergeben, der gesamte jährliche Verbrauch der deutschen Landwirtschaft an industriell erzeugten Produktionsmitteln (bei 30 Millionen Hektar) also einen Wert von rund 1 Milliarde Mark betragen.

Dieser Summe stehen die Mehreinnahmen gegenüber, die der Landwirtschaft aus den Zollserhöhungen für Nahrungsmittel zufließen werden. Da es nach den Angaben des Statistischen Reichsamts in Deutschland etwa 10 Millionen Haushaltungen gibt, die nicht Selbstverbraucher sind, da ferner nach der Berechnung der Gewerkschaftszeitung (Nr. 27, Seite 373), die Dr. Baade zugrunde legt, schon der minderbemittelte Familienvater jährlich eine Mehrbelastung von mindestens 150 Mtl. für die Lebensmittelzölle zu tragen hat, ergibt sich eine Gesamtbelastung der Konsumenten von 1 1/2 Milliarden Mark. Nach Brentanos Berechnung (die ebenfalls in der Gewerkschaftszeitung erwähnt ist), fließen von den Getreidezöllen 1907 nur 12 v. H. der Reichsstaatskasse zu, 88 v. H. gingen in die Taschen Privater. Nimmt man selbst an, daß je 20 v. H. in die Reichsstaatskasse wandern werden, so bleiben von den 1 1/2 Milliarden immer noch, vorsichtig gerechnet, 1,2 Milliarden, die der Landwirtschaft zufließen.

Die Summe also, die der Landwirtschaft an Einkünften Kaufkraftsteigerung durch die Zölle auf Kosten der Konsumenten zugewandt werden soll, ist demnach größer als die bisherige Gesamtausgabe der Landwirtschaft für industriell erzeugte Produktionsmittel; sie übertrifft diese Summe um ein volles Fünftel.

Dieser Zahlengegenüberstellung kommt eine ganz außerordentliche Bedeutung zu. Hatte sich bisher die Industrie stark für Agrarzölle eingesetzt, weil sie von der Steigerung der landwirtschaftlichen Kaufkraft einen entsprechenden Ersatz für den verloren gegangenen Auslandsmarkt erhoffte, so werden ihr die von Dr. Baade errechneten Zahlen recht deutlich vor Augen führen, daß eine „Stärkung des inneren Marktes“ auf diesem Wege nicht zu erreichen ist. Ganz abgesehen davon, daß die Kaufkraftsteigerung der Landwirtschaft ja auf Kosten einer Kaufkraftminderung der Lohn- und Gehaltsempfänger geschieht, also nur eine Kaufkraftverschiebung darstellt, ist es gänzlich ausgeschlossen, daß die Landwirtschaft, die bislang nach Dr. Baades Berechnung jährlich für eine Milliarde industriell erzeugte Produktionsmittel verbrauchte, nunmehr für 1,2 Milliarden mehr verbrauchen, ihren Verbrauch an dergleichen Produkten also unvermittelt um mehr als das Doppelte steigern könnte. Mit der Befürwortung von Agrarzöllen setzt somit die Industrie ihre Bemühungen um die Gesundung des inneren Marktes an einem falschen Punkt an.

IV. Wohl aber kann die Industrie, wie Dr. Baade weiter ausführt, auf anderem Wege an einer Ertragssteigerung der Landwirtschaft teilnehmen. Hatte der Anteil der Provinz Sachsen den durchschnittlichen Reinstickstoffverbrauch in Deutschland (und daher wohl auch die Gesamtaufwendungen an industriellen Produktionsmitteln) um das Vierfache übertroffen, so würde eine Intensitätssteigerung der gesamten Landwirtschaft um denjenigen Betrag, um den die Provinz Sachsen bislang voraus ist, der Industrie nicht mehr jährlich eine Milliarde als Gegenwert für ihre Erzeugnisse zuführen, sondern rund 4 Milliarden. Wie kann die Industrie diese im Ackerboden verborgene Mehrkaufkraft von 3 Milliarden heben? Oder: warum bleibt der tatsächliche Verbrauch der Landwirtschaft an Industrieerzeugnissen hinter dem möglichen zurück?

Aus dem Wetterwinkel.

(Steinklopfergedanken und Steinbrecherlos.)

Sei es brennt die Sonne, sie glitzert, flimmert und zittert auf den von mir zerklüfteten Steinen, deren Einsprengelungen von Quarz, Glimmer- und Erzteilen das Spiel der Sonne erleichtern. In ihrem Stand, wie am verlangenden Magen merke ich, daß die Mittagspause da ist und ein Blick auf meinen großväterlichen Chronometer bestätigt es. Mich macht kein Lächeln, kein Pfiff, kein Ruf auf die menschlich notwendige und traditionelle Ruhepause aufmerksam. Als Steinklopfen auf der Chaussee bin ich auf mich selbst angewiesen und werde von keinem Polier, Betriebsleiter oder Chef mit scharfen, antreibenden Augen bewacht, wie in einem geschlossenen Betriebe.

Seit zwei Wochen klopfe ich auch wieder allein an den Steinhörzeln herum, mein Spannemann oder Arbeitskollege hat dem Steinhaufen und dem langstieligen Hammer valet gesagt; wahrscheinlich ist er erneut in der Landwirtschaft irgendwo untergekommen, er kam auch von dort. Dieser gewesene Spannemann des Steinklopfers-Hannes liebt die Abwechslung und allem Anschein nach auch das zweifelhafte Joch eines Landarbeiters. Von irgendeiner Stabilität im Tun und Lassen, im Wollen und Können habe ich in den wenigen Wochen, wo er mit mir in gleicher Front und gleichem Lohn die Steine zerteilt, nichts an ihm bemerkt. Solche Menschenkinder gibt es viele, sie werden nirgends warm, geben sich auch nicht viel Mühe, um eine „Bleibe“ in der Arbeit zu erhalten. Das bringt bei ihnen vor allen Dingen die Unzufriedenheit mit ihrer wirtschaftlichen Existenz mit sich; nur äußert diese Unzufriedenheit sich unterschiedlich bei den einzelnen. In den jüngeren Jahren treibt eine Anzahl hinaus in die Welt, mancher von denen, dem die Unruhe zu tief im Blut sitzt, wird dabei zum Nichts, lebt dann sich selber und andern zur Qual und Last. In den mittleren Jahren spornt die Unzufriedenheit zur Organisation an, zur Solidarität. Im Unterbewußtsein ist es dabei auch das Verantwortungsgesühl für Frau und Kind, um von ihnen Sorge und Not fernzuhalten. In den älteren Jahren hat sich die Unzufriedenheit mehr abgeglättet, macht aber wortfarg, grüblerisch und bitter. Das habe ich als alter routinierter Steinklopfen alles an mir selbst erlebt! Und wenn ich — wie so oft — mein Leben rückblickend durchdenke, dann ist es der typische Verlauf eines fast immer arbeitenden Habenichtes. Trotz dauernder Hoffnung auf bessere Tage bin ich nie weiter gekommen in der Existenzfrage, wie von der Hand in den Mund. Zum Schluß kommt der Ausklang: ... dann legst dich zu seinen Vätern nieder und kommst nimmer wieder.

Diese oder ähnliche Betrachtungen erfassen mich oft und sonderbarer Weise fast immer, wenn ich den Steinhammer und die Schutzbrille ablege, um mich in einer Arbeits-Ruhepause zu verjähnen oder wenn ich gegen Abend mein Arbeitspensum vollbracht habe und meinem Heim zutolle. Diese Gedankenarbeit kommt auf alle Fälle vom Alleinsein mit den Steinbroden, ohne mit jemand ein Wort austauschen zu können. Es einsamer, isolierter Steinklopfen oder Steinhörzen ist man dadurch sprichwörtlich wortfarg geworden! Im Laufe der langen Jahre habe ich von dieser Sorte so manchen kennengelernt, dem es eine direkte Ueberwindung kostete, seine Gedanken in Worte zu kleiden und diese dann auch laut auszusprechen. Gut ist das freilich nicht und sicher eine besondere Art von Berufskrankheit, hervorgerufen durch die Arbeit an den harten, fantigen, aber stummen Steinen an der Chaussee mit ihrem durch die Autos aufgewirbelten Dreck und Staub. Wenn ich eine dichterische Ader hätte, auf meinen Hammer, Schutzbrille, den Steinhörzen und meinem Wetterjuch hätte ich gewiß schon längst eine Parodie verbrochen, denn sie find alle noch wortfarger und stummer wie ich, der Steinklopfen-Hannes.

So sitze ich auch heute wieder im Mittagssonnenbrand unter meinem zmal geflickten Wetterjuch, der noch gerade joviell Schatzen spendet, daß die Temperatur erträglich ist und die einstündige Mittagsruhepause wirklich als Erholung dient. Mein langes Steinklopfenmahl ist bald beendet, ein Gang „Sanft“ mit aufgeschotelter Kornbrühe, sogenannte Lorke, gibt es Tag für Tag; heute hätte ich

nun gern mit einem Landstrafen „armen“ geteilt, die so oft mit hungrigen Augen und in zerkürrter Aufmachung, von „Kohldampf“ getrieben, an meinem Steinhäufen vorbeifilieren. Möglich ist ja, daß ich von weitem eine Staubwolke aufwirbeln, höre auch schon das näher rasende Rattern eines Autos, der Plage jedes Steinklopfers, der an der Landstraße seinem Metier nachgehen muß. Längst ist das staubentfahrende Straßengeheuer wieder außer Sicht, nur der sich langsam verziehende Staub ist noch Zeuge der Fahrtrichtung. Nun sitze ich auf einem der Steinhäufen eine Zeitung liegen, die jedenfalls aus dem vorbeigefahrenen Auto stammt. Diese holen und aufschlagen ist eins, habe ja noch eine halbe Stunde, und mein Hammer ist es wohl zufrieden, wenn er noch neben der Brille lagern darf. Langweilig fällt es indes die Zeitung wieder zusammen, weil ihr Inhalt neben vielen Kursnachrichten, die mich gar nicht interessieren, derselbe ist, nur in etwas anderer Aufmachung wie in meiner Tageszeitung. Da fällt mein Blick zufällig auf eine Notiz auf der Rückseite:

„Tragischer Tod in einem Steinbruch. In dem Steinbruch der Firma ... im nahen ... löste sich von der Felswand ein Stein und zertrümmerte einem Steinbrucharbeiter die Schädelbede. Der Unglückliche war sofort tot.“

Damit hatte sich für die Zeitung der „tragische“ Vorgang erledigt. Der Mann ist tot! Kommentar wird höchstens angehängt, wenn angenommen wird — nicht einmal bewiesen —, daß es sich um die Unvorsichtigkeit des oder der betreffenden Arbeiter handelt, und eine solche wird fast immer angenommen von jenen, die bei dem weiteren (Protokoll, Anmeldung des Unfalls u. a.) in Frage kommen, die aber noch nie in einem Steinbruchbetrieb oder bei anderer gefährlicher Arbeit ihr täglich Brot verdienen mußten. In diesem vorliegenden Falle wagte wohl keiner, von einer Unvorsichtigkeit des Berufslüters zu sprechen, sonst hätte in der Zeitungsnacht ein solcher Hinweis kaum gefehlt. Gedacht wird aber sicherlich von den Betriebsverantwortlichen: „Warum mußte der auch gerade dort stehen, wo der Stein infolge seiner Schwerkraft niederfiel?“ Die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft rubriziert diesen Fall wahrscheinlich unter jene Unfälle, die in der Gefährlichkeit des Steinbruchbetriebes überhaupt liegen.

Dieser tragische Tod eines Kollegen beleuchtet grell die da u. r. d. n. Gefahren, unter denen die Steinbrucharbeiter stets ihr kümmerlich Brot verdienen müssen. Keiner von ihnen weiß sicher, ob er am Feierabend wieder heil nach Hause kommt. Diese Sicherheit haben sie weniger wie die übrigen Sterblichen! — „Der herabfallende Stein zertrümmerte einem Steinbrucharbeiter die Schädelbede.“ Dieser Satz wühlt tatsächlich mein Inneres immer wieder von neuem auf. Ich sehe vor mir visionär den Steinbruch; auf der Sohle des Bruches im Sonnenbrand die Kollegen emsig an der Arbeit, das niedergeholte Gestein wegräumen und es teils in die Hütten der Pflastersteinmacher transportieren. Sehe den Steinbruchmeister mit gespreizten Beinen voll und mässig dort stehen, wie er seine Anweisungen gibt, ohne selbst Hand mit anzulegen. Sehe die einzelnen Steinbrecher angeheilt an der Felswand haumein, die Wand mit der Brechstange untersuchend, um sie von losen Steinen zu befreien. Ich höre die Warnung und Schreie in eins und sehe das Zusammenlaufen der Arbeitsskollegen nach der Stelle, wo die Schädelbede eines der Brüger zertrümmert wurde. Nach Zeit von einer halben Stunde, nachdem der Berufslücker fortgeschafft ist, geht jeder wieder scheinbar an seine Arbeit mit dem Wunsch: nur recht bald Arbeitsschlaf! Den zerkürrten, sonnigen- und wetterbraunen Gesichtern sieht man an, daß der Unglücksfall ihnen an die Nieren ging. In weiterer Vision sehe ich die Familie, wie sie Nachricht erhält von dem Unglück im Steinbruch; wortfarg und still weinend sitzt das Häufchen Unglück von Frau und Kindern zusammen, eins schmiegt sich ans andere. Können's nicht recht fassen, was ihnen soeben mitgeteilt wurde. Nach Feierabend kommt dann einer nach dem anderen von den engeren Arbeitskollegen, geben des Berufslücker Frau und Kinder die Hand, sprechen nichts, sammeln höchstens einige Worte und gehen wieder, ihre Kopfbedeckung krampfhaft in den Händen drehend. Nur einer hat still und ohne Aufhebens Geld auf den Tisch gelegt: Ertrag einer Sammlung! Erste von Herzen

kommende Hilfe, Arbeiter-Solidarität! Dann sehe ich im weiteren die Plage eines abgerackerten abgebrannten Weibes, monatlich im paar Mark-Rente, die jedesmal sehnsüchtig erwartet werden. So war meine Vision: Steinklopfenlos, Solidarität, zerförrte Familie, größere Not, Proletarierlebenslauf!

Meine Pause war längst vorüber, und nur widerwillig habe ich die Steinbroden an dem Nachmittag zerteilt, dem Hammer fehlte der Schwung, und bei jedem handlichen Steinbroden dachte ich an seine unheimliche Kraft im Fallen von der Felswand, das Lebenslicht eines arbeitenden Menschen im Au auszulöschen. Eines Menschen, der vielleicht unter Entbehrungen anderer großgezogen wurde, von Eltern, Geschwistern, von Frau und Kindern geliebt. Ein zufällig sich lösender Stein macht dem Leben gewaltig ein Ende. In der Welt laufen bekanntlich so viele herum, die mit großem Geschick jedem Stein aus dem Wege gehen, die keine Not und vor allen Dingen keine Arbeit kennen. — Sollen wir Steinklopferteute das als gegeben hinnehmen? Nein und abermals nein! Wir müssen deshalb zusammenstehen in Freud und Leid und im Willen zum Andern dieses Zustandes. So will es: Der Steinklopfen-Hannes.

Eine Frage an die Verbandskollegen.

In geschlossener Phalanx stehen wir in der Gewerkschaft zusammen, um die vornehmste Tugend „Solidarität“ zu üben. Seite an Seite mit den Berufskollegen kämpfen wir mannhaft, um die schlimmsten Auswüchse einer einseitigen Wirtschaftsordnung zu beseitigen. Der Kampf ums Dasein, um eine bessere Lebenshaltung wird leichter, wenn er frei von den Alltagsorgen geführt werden kann. Die Sorge um die Familie, die drohende Not des Alters bedrücken oft allzu schwer den einzelnen unter uns.

Hast du, Kollege, auch du, Arbeitsschwester, alle Wege beschritten, um unnötiger Sorgen ledig zu werden? Ueber allen von uns schwebt wie ein Damoklesschwert die Gefahr, ein frühzeitiges Opfer des Schicksals zu werden. Die Statistik redet eine deutliche Sprache und beweist, wie oft der Tod unerwartet kommt — „es reißt ihn mitten aus der Bahn, es reißt ihn fort vom vollen Leben.“ — Am Grabe aber stehen die Hinterbliebenen, ihres Ernährers beraubt. Ohne Hilfe — der Not preisgegeben.

Der Mann der Arbeit wird vor der Zeit alt. Dann schaltet man ihn unerbittlich von der Arbeit aus. In seiner Kraft hat Jahrzehnte hindurch Moloch Kapital gezehrt. Jetzt ist er überflüssig. Die öffentliche Müßiggang muß ihn dann meistens vor dem Verhungern schützen. Almojen im Alter, nachdem ein arbeitsreiches Leben hinter einem liegt, das ist besonders bitter.

In allen solchen Fällen zu helfen, vorzujorgen für den schlimmsten Notfall, dazu ist unsere „Volksfürsorge“ geschaffen. In ihrem Wirken wird der Gedanke der Selbsthilfe praktische Tat.

In vielen tausend Fällen konnte die Volksfürsorge bereits helfen. Beim Tode durch Unfall und Infektionskrankheiten wird die volle Versicherungssumme ohne Abolvierung einer Karenzzeit ausgezahlt. Für seine alten Tage kann sich jeder bei der Volksfürsorge ein kleines Kapital ansammeln. Die Volksfürsorge liefert die Versicherung zum Selbstkostenpreise, sie hat nur die Interessen ihrer Versicherten zu wahren. Dann aber macht sie die zusammengetragenen Kapitalien unseren eigenen Unternehmungen dienstbar; die Gelder werden als werbende Hypotheken für den genossenschaftlichen Kleinwohnungsbau usw. verwendet.

Wollt ihr das Kapital, mit dem ihr oft langwierige Kämpfe um einige Pfennige Lohn müßt, noch weiter stärken, so tragt eure Großen den privaten Versicherungsgesellschaften hin. Wollt ihr euch aber eine bessere Zukunft bauen, dann müßt ihr auf allen Gebieten Solidarität üben und auch die Volksfürsorge mit allen Kräften fördern. Flugblätter und sonstige Propagandamaterial übermitteln auf Verlangen gern alle Rechnungsstellen und der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, Ueber Alster 58/59.

Man warte theoretisch an die Möglichkeit denken, daß der hohe Intensitätsgrad der führenden landwirtschaftlichen Betriebe angereichtert sei, daß diese Betriebe also eine Verluſtwirtschaft treiben. Bedenkt man aber, daß unsere Landwirtschaft vor dem Kriege bei den damaligen Zöllen nach ihren eignen Angaben in kräftiger Blüte stand, daß jetzt ohne Zölle die Preisſichere gar zu ihren Gunſten geöffnet iſt, ſo iſt es offenbar, daß die augenblicklichen Preisverhältnisse ſogar noch zu einer weiteren Intensivierung ermuntern müſſen.

Wenn also der Verbrauch der Betriebe im Durchschnitt nur ein Viertel des Verbrauchs der intensiv betriebenen Betriebe beträgt, ſo ſchließt Dr. Baade ſeine Ausführungen, „dann iſt der Grund dafür nicht in einer zu hohen Intensität der führenden, ſondern in einer zu geringen Intensität der durchschnittlichen Betriebe zu ſuchen. Die gegenwärtige Preislage bietet ſämtliche Vorausſetzungen zur allgemeinen Intensivierung. Was einer ſolchen Steigerung gegenwärtig im Wege ſteht, iſt lediglich die ungenügende Ausbildung bei der überwiegenden Mehrheit der Landwirte. Nicht die Preise müſſen eine künstliche Korrektur durch Zölle erfahren, nicht die Kaufkraft der Landwirtschaft muß auf Kosten der Verbraucher künstlich geſteigert werden, ſondern die Landwirte müſſen durch einen Ausbau des landwirtschaftlichen Unterrichtsweſens und durch eingehende Betriebsberatung, etwa nach dem Vorbilde Dänemarks, dahin gebracht werden, ihren eignen Vorteil zu erkennen und die Intensität auf dasjenige Maß zu heben, für das der moderne Stand der Technik und die gegenwärtigen Preisverhältnisse alle Vorausſetzungen bieten. Hier liegt der entscheidende Punkt, an dem die Industrie ihre Bemühungen einſetzen müßte, um eine wirklich organische Belebung des inneren Marktes zu erreichen.“

Nacht Stunden Arbeit.

Seit mehr als ſechs Jahrzehnten iſt in der internationalen Arbeiterbewegung die Forderung nach dem Achtſtundentag lebendig. Schon 1866 hatte der Kongreß der „Internationalen“ zu Genf ſolchen Antrag angenommen:

Wir betrachten die Beſchränkung des Arbeitstages für eine vorläufige Bedingung, ohne welche alle anderen Beſtrebungen nach Emanzipation ſcheitern müſſen. Sie iſt nötig, um die körperliche Energie und Geſundheit der Arbeiterklaſſe wieder herzuſtellen, d. h. der großen Maſſe jeder Nation. Sie iſt nicht weniger nötig, um den Arbeitern die Möglichkeit geiſtiger Entwicklung, geſellſchaftlichen Verkehrs, ſozialer und politiſcher Tätigkeit zurückzugeben. Wir ſchlagen acht Stunden als geſetzliche Schranke des Arbeitstages vor.“

So war denn 1889, als der internationale Arbeiterkongreß in Paris den Beſchluß faßte, den 1. Mai zu einer Kundgebung für den achtſtündigen Arbeitstag auszugestalten, das internationale Eintreten für den Achtſtundentag nichts Neues mehr. Nahezu drei Jahrzehnte blieb dann die Forderung des Achtſtundentages weſentlich unberührt. In der ſozialdemokratiſchen und ſozialreſpublikaniſchen Kampferklärung der ſozialdemokratiſchen Partei zu Genf im Jahre 1919 in Waſhington auf der Arbeiterkonferenz der Weltmächte zum Gegenſtand eines internationalen Abkommens über die Arbeitszeit gemacht wurde. Dann ſetzte aber langſam und ganz allgemein die wirtſchafts- und ſozialpolitiſche Reaktion ein und der Achtſtundentag wurde ihr erſtes Opfer. Die Forderung nach ſeinem Abbau iſt neben dem Verlangen nach Lohnreduzierung der weſentlichſte Inhalt der von Unternehmern geleiteten Kämpfe gegen die Arbeiterklaſſe. In der Tatſache, daß keine Macht, im Rahmen des Waſhingtoner Abkommens geweſen iſt, es ratifizieren will, ſondern daß alle Mächte zur Zeit auf der internationalen Arbeiterkonferenz in Genf in offen ablehnenden oder eine Ablehnung verſchleiender Erklärungen ſich bewegen, erhebt vielleicht deutlicher als alles andere die in den letzten fünf Jahren erfolgte Wiederumſchichtung der Machtverhältnisse zum Nachteil der Arbeiterklaſſe.

Man muß ſich fragen, warum von allen ſozialpolitiſchen Erzeugniſſen der Nachkriegszeit gerade der Achtſtundentag das erſte Opfer der Reaktion wurde, warum nicht um ſeine Erhaltung leidenschaftliche Kämpfe von der Arbeiterklaſſe geführt wurden, warum man ſich in weiten Kreiſen der Lohnarbeiterſchaft ſo verhältnismäßig leicht mit der Beſeitigung der achtſtündigen Arbeitszeit abgefunden hat. Aber ein Blick auf die vorhandene Literatur über den Achtſtundentag verſchafft Klarheit. Die Diſkuſſion über den Achtſtundentag iſt ins Stocken geraten, auf Geleiſe gekommen, die nicht zur Klärung, ſondern zur weiteren Komplizierung des Problems geführt haben. Man hat die Diſkuſſion über den Achtſtundentag allein als über ein Produktionsproblem, über das Verhältnis der Arbeitszeit zur Arbeitsleistung, geführt. Es war das Unternehmertum und teilweise auch die jünſtliche Wiſſenſchaft, die durch eine ausgedehnte Literatur die verhängnisvolle Beſchränkung der Frage des Achtſtundentages auf ein Produktionsproblem herbeigeführt haben. Und die mit dem Unternehmertum und ihren wiſſenſchaftlichen Helfershelfern in dieſer Problembeſchränkung von der Arbeiterſchaft geführten Auseinandersetzungen haben in ihr faſt alle Kräfte abſorbiert, ſo daß die Verſandung der Debatte leider auch hier eingetreten iſt.

Unter dieſen Umständen bedeutet es ein kühnes Beginnen, wenn Genoffe Albert K r a n o l d in einem ſieben in der Reihe der Gewerſchafts-Archiv-Bücherei (herausg. von Karl Zwing) erschienenen Buch*) den Verſuch unternimmt, das Problem des Achtſtundentages in ſeiner ganzen Vielgeſtaltigkeit aufzuzeigen, um die unſicherlich gewordene Diſkuſſion wieder in Fluß zu bringen. K r a n o l d nennt ſein Buch ſelbſt eine ſyſtematiſche Ana ly ſe. Und das Ergebnis dieſer Ana ly ſe iſt ſo eindrucksvoll, daß dem Laien aber auch dem Fachwiſſenſchaftler Angst und Bange vor der Vielgeſtaltigkeit des Problems werden kann. Das Arbeitszeitproblem wird hier zu einem Komplex von volkswirtſchaftlichen, betriebs- und arbeitswiſſenſchaftlichen, ſozial- und kulturpolitiſchen, ſowie volkshygieniſchen und ſozialethiſchen Teilproblemen, die alle ſcharf gegeneinander abgegrenzt ſind, aber doch ihre Umſchlingung in dem Geſamtproblem klar erkennen laſſen. Darüber hinaus führt der Verfaſſer eine ſcharfe Klinge gegen die in der Wiſſenſchaft oder in der Praxis vorherrſchenden begrenzten Auffaſſungen über gewiſſe Teilprobleme, vor allen Dingen aber gegen die Terminologie, die die Interneſſen der Volkswirtſchaft unbedingt mit denen der Privatwirtſchaft gleichſetzen will. Die Gründlichkeit und Wiſſenſchaftlichkeit, mit denen K r a n o l d ſeine Unterſuchungen betreibt, verleiht jeder Seite dieſes Buches grundſätzlichen Wert. Aus dieſer K r a n o l d ſchen Zerlegung des Geſamtproblems in unauflöſliche Teilprobleme kann eine weitauſgreifende und fruchtbarere Diſkuſſion entſtehen, wenn Praktiker und Wiſſenſchaftler die in dieſem Buch gegebenen Anregungen aufgreifen werden.

Es kommt K r a n o l d darauf an, nachzuweiſen, daß die Frage des Verhältniſſes der Arbeitszeit zur Arbeitsleistung durchaus nebenſächlich iſt, da von ihr aus nicht ohne weiteres auf die Wirtſchaftlichkeit des Achtſtundentages überhaupt geſchloſſen werden kann. Nicht die tägliche Arbeitszeit und die in ihr geleistete Arbeit, ſondern die durch den Achtſtundentag zu ſichernde längere Lebensdauer des Arbeiters ſowie ſeine geiſtige und körperliche Friſche und Einſtellung zur Arbeit auf die Dauer ſind für K r a n o l d die entscheidenden Geſichtspunkte, und er will deshalb das Arbeitszeitproblem in erſter Linie als ein ſozialpolitiſches, und zwar als ein kulturelles und volkshygieniſches Problem gewertet wiſſen. Und das dem Buch hinzugefügte Kapitel über die Lage der Arbeiterklaſſe in wirtſchaftlicher, kultureller und ſanitärer Beziehung

*) Das Problem des Achtſtundentages. Eine ſyſtematiſche Ana ly ſe. Jena 1925. Verlag des Gewerſchafts-Archivs.

iſt ein glänzendes Plädoyer für den ſozialethiſchen Charakter dieſer Problembehandlung.

Aufgabe weiterer Forſchung wird und muß es ſein, immer in dem Zusammenhang mit dem Geſamtproblem die Teilprobleme einer Klärung zuzuführen. Dieſe Aufgabe iſt um ſo dringender, als heute feſtſteht, daß die zielbewußte Forſchung auf dem Gebiet der Theorie des Achtſtundentages erſt zu beginnen hat.

Für die Gewerſchaften als die wirtſchaftlichen und ſozialpolitiſchen Sachverwalter der Interneſſen der arbeitenden Schichten müſſen die Erfüllung dieſer Aufgabe an erſter Stelle ſtehen. Wir haben in der Arbeiterbewegung wohl bisher die Forſchung des Achtſtundentages vertreten, haben aber noch nicht den Verſuch gemacht, dieſer Forſchung eine wiſſenſchaftlich begründete Theorie unterzulegen. Und einen ſolchen Verſuch — und man darf ſagen: einen gelungenen — ſtellt K r a n o l d ſ Buch dar.

Die Lehrlingskriſe.

(Ein Beitrag zur allgemeinen Kriſe der Arbeit.)

In den ſozialpolitiſchen Erörterungen des Auslandes wird immer öfter von einer Lehrlingskriſe geſprochen. Die Kriſe wird in zwei Taſachen erklährt: Zum erſten darin, daß es in einer Anzahl von Industriezweigen oder im allgemeinen keine Lehrlinge gibt; dieſe Klage wird vor allem in Frankreich und Belgien geführt. Zum zweiten, daß die früheren Methoden einer gründlichen Lehrlingsausbildung immer mehr verſchwinden, ſo daß die Lehrlinge dieſen Namen jetzt kaum noch mit Recht führen. In dieſer Geſicht tritt die Lehrlingskriſe in England und in den Vereinigten Staaten auf. Auch in Deutschland wird das Lehrlingsproblem immer mehr als drückend empfunden. Aus beſonderen Gründen, die mit der Nachkriegswirkung zusammenhängen, gab es zwar in Deutschland ſeit dem Krieg im allgemeinen keinen Lehrlingsmangel; inſeſſen beklagen ſich einige Industriezweige, beſonders das Baugewerbe, über den Mangel an Nachwuchs und fragen nach den Uraſachen. Auch wird die Lehrlingsausbildung aus Gründen, die weiter und erörtert werden, auch in Deutschland zu einem Problem. Wie ſehr die Lehrlingskriſe empfunden wird, dafür zeugt die Tat-

1 Milliarde Goldmark und mehr noch ſoll der Landwirtschaft aus den Lebensmittelzöllen zufließen!

150 Goldmark und mehr ſoll ihr jeder Familienvater opfern!

Um 10 Prozent und mehr noch ſoll ſein Reallohn ſinken!

Mindeſtens 150 Mark (einhundertfünzig Mark) muß der Familienvater jährlich für Lebensmittelzölle zahlen, wenn die Zollvorlage der Regierung Geſetz wird.

Das ſind 12,50 Mark im Monat, das ſind 10 Prozent bei einem Stundenlohn von 62 Pf. Dieſe Laſt muß ſelbſt ein Familienvater tragen, der wegen ſeines geringen Lohnes von der Lohnsteuer befreit iſt.

Wehrt euch gegen die Zollvorlage!

ſache, daß bereits einige Regierungen dringende Maßnahmen zu deren Milderung treffen mußten. In Frankreich wurde voriges Jahr eine beſondere Lehrlingssteuer mit hohen Erträgen entgeſetzt, um daraus die Mittel für die Bekämpfung der gegenwärtigen Uebel auf dem Gebiet des Lehrlingsweſens zu beſchaffen. In England wurde erſt vor kurzem eine Regierungskommiſſion beſtellt mit der Aufgabe, die Fragen der Erziehung mit Rückſicht auf die Einſtellung der Jugendlichen in die Arbeit zu unterſuchen und insbeſondere die Frage zu prüfen, wie der Zuſtrom der Jugendlichen zu den einzelnen Berufszweigen und ihr dauerndes Verbleiben darin geſichert werden kann.

Warum gibt es für viele Berufszweige keine Lehrlinge? Vielſach iſt dafür die Mode oder der Mangel an entſprechender Berufsberatung verantwortlich. Es gibt Zeiten, wo einzelne Berufe vorgezogen, andere vernachläſſigt werden. So ſtrömen zum Beiſpiel in Frankreich die jungen Leute in die Berufe, die es mit Mechanik, Elektrizität uſw. zu tun haben, während andere wichtige Gewerbe-zweige keine Lehrlinge erhalten. Was die Berufsberatung anbelangt, ſo muß man anerkennen, daß dieſesbezüglich in den letzten Nachkriegsjahren überall viel geleistet wurde, ſowohl was die Vermehrung der Beratungsstellen als auch die wiſſenſchaftliche Ausbildung der Berater anbelangt. Auch hat die verbeſſerte Berufsberatung vielfach bereits gute Früchte getragen. Als wichtige Uraſache für den Lehrlingsmangel wird aber empfunden, daß es ſich die Eltern inſolge der allgemeinen Verarmung nicht leiſten können, ihre Kinder in eine länger dauernde Lehre zu geben, ſondern beſtrahen ſie ſie ſo bald als möglich verdienen zu laſſen. Die franzöſiſche Lehrlingssteuer ſoll unter anderem dem Zwecke dienen, die Verſorgung der Lehrlinge während der Lehrzeit aus dem Ertrag dieſer Steuer zu erleichtern. Die Arbeitgeber tragen viel dazu bei, daß die Jugendlichen ohne Lehrzeit in die Industrie ſtrömen. Den Unternehmern kommt es vor allem auf die billige Arbeitskraft an. Sehr bezeichnend iſt dafür, daß zum Beiſpiel in England, wo zuſetzt eine ungeheure Arbeitsloſigkeit beſteht, dieſe unter den ganz jungen Jahrgängen eine viel geringere iſt als unter den älteren, da die billige Jugendarbeit überall bevorzugt wird. Damit hängt auch zuſammen, daß der Altersaufbau der Industriearbeiter von dem der Bevölkerung oft ſehr abweicht. Es gibt Betriebe, wo überwiegend jugendliche Arbeiter beſchäftigt werden, die ſpäter im Mannesalter entlaſſen werden. Dieſe Arbeiter geraten dann in eine „Sackgasse“ (der engliſche Ausdruck lautet „blind alley workers“). Anderſeits wird die geringe Bezahlung der Lehrlinge in einzelnen Berufszweigen für den Lehrlingsmangel verantwortlich gemacht. Mit Recht betont ein hervorragender engliſcher ſozialpolitiſcher, Profeſſor Beveridge: „Kein jugendlicher Arbeiter darf nur als Quelle billiger Arbeit betrachtet werden. Jeder jugendliche Arbeiter, der in einem Berufszweig tätig iſt, muß für ſeine zukünftige dauernde Laufbahn vorbereitet werden.“

An dieſem Punkt müſſen wir aber der neuen Entwicklung der Industrie im Großbetrieb gedenken. Wie oben erwähnt, wird die Lehrlingskriſe auch in der Form empfunden, daß eine Lehrlingsausbildung, wie ſie früher vorhanden war, heute nicht mehr exiſtiert. Im Großbetrieb gibt es oft keine Lehrlinge im eigentlichen Sinne. Die Arbeit wird nicht ſachmäßig gelernt, ſondern nur angeleitet. Was Omer Bugey in ſeinem Buch über die belgiſche Lehrlingskriſe ſchreibt, gilt auch für die anderen Länder. Er ſchreibt: „Das Lehrlingsweſen ſtirbt an Unterernährung, weil es nicht mehr einer wirtſchaftlichen Funktion unſeres Zeitalters entſpricht.“ In den Großunternehmungen, wo die Arbeit in kleinſte Teilberichtigungen zerlegt wird, kann kaum noch von einem „Beruf“ des Arbeiters geſprochen werden. Hier handelt es ſich eher um eine „Dreſſur, als um eine Lehre“, wie Bugey meint. Dieſe Arbeiter können in drei Monaten, ja oft in einer Woche erlernt werden, während die qualifizierten Arbeiter ſcharenweiſe auswandern müſſen. Trifft dieſes zwar auch nur für einzelne Industriezweige zu, ſo iſt dennoch dieſe Entwicklung von außerordentlich großer Bedeutung.

Wie kann die hier geſchilderte Lehrlingskriſe behoben werden? Für die Berufe, wo eine ſachmäßige Berufsausbildung in dem gegenwärtigen Zuſtand des Produktionsprozeſſes noch möglich iſt, müſſen die Hinderniſſe der Ausbildung — niedere Lehrlingslöhne, Unmöglichkeit der Selbſtverſorgung während der Lehrzeit — beſeitigt, der Zuſtrom der Jugendlichen zu Beſchäftigungen, die keine Lehre oder nur ein Anlernen beanspruchen, eingeſchränkt werden. Was aber die letzteren Berufszweige anbelangt, wo die Beſchaffenheit des Großbetriebes die eigentliche Berufsausbildung nicht zuläßt, ſo muß dort eine andere Art von Erziehung eingeführt werden, die die Fähigkeiten dieſer Jugendlichen nicht verkümmern läßt. Bei dieſen Kategorien der Jugendlichen spielt die Hebung der allgemeinen Bildung — die freilich auch für die eigentlichen Facharbeiter von Wichtigkeit iſt — eine große Rolle. Der Geſichtskreis dieſer jugendlichen Arbeiter muß, ſowohl was ihren engeren Beruf wie ihren geiſtigen Horizont anbelangt, erweitert werden, damit ſie die Zusammenhänge ihrer Teilarbeit mit dem Ganzen des Arbeitsprozeſſes und des weiteren mit der Volkswirtſchaft kennenlernen. Die Bildungsarbeit der Gewerſchaften und der Betriebsräte hat angeſichts dieſer Entwicklungstendenzen eine außerordentliche Bedeutung. Nur dieſe kann verhindern, daß der Arbeiter in dem mechanisierten Arbeitsprozeß, wo er nur ein kleines Rädchen in der Produktion darſtellt, unter Verluſt ſeines Selbſtbe-wußtſeins und des Gefühls der eigenen Perſönlichkeit untergeht. A. S.

Aus den Zahlstellen und für die Zahlſtellen.

Unſere Lohnkämpfe. Streik (Steingewinnung und Bearbeitung): In Ruhmannsdorf (Sa. Gert, Bauriſcher Wald). In Kappelrodt, Seebach, Süßenbach, Raumünzsch u. Umgebung (Schwarzwaldb). In Naſchen (Grabſtein).

Geperet. In Offenbach a. M. das Kunſtſteingehäut Ott. — In Saargemünd (Granitwerk Schäffer). — In Detmold Firma Hugo Meier. — In Hamburg die geſamten Bauſtellen der Firma Schulz u. Teppe für alle Kollegen des Straßenbauwerkes. — In Prenzlau (Mecklenburg) die Steinſteinfirma Lohmann. — Firma Gellert u. Co. in Halle (Saale).

Zugzwang ſerhalten! Außer von den Orten, die unter Streik und Sperre genannt ſind: von Bad Deynhausen (Sa. Wagner), von Bielefeld, Herford (Steinmeſſen und Marmorarbeiter), von Dortmund (Grabmalbranche), von Braunlage (Granit- und Schotterwerk). — Von Steinſehern und Berufsgenossen nach Königsberg i. Pr. — Die Granitwerke in Betrieb des Schwarzwaldes haben den beſtehenden Vertrag geſündigt. Zugzwang iſt bis zur Regelung der Tariffrage ſtreng fernzuhalten.

Erledigte Bewegungen. Der Streik und die Ausperrung der Steinſeher und Berufsgenossen Mitteldeutschlands iſt durch einen Schiedsſpruch des Landeſtariffamtes, das am 22. Juli unter dem Vorſitz des Oberbürgermeiſters Beims-Magdeburg tagte, beendet worden. Beide Parteien erkannten den Schiedsſpruch an. — Den Waldbezirk (Merſtein- und Pflaſterſteingruppe). Die erneut am 20. Juli zwischen den Parteien geſtopften Verhandlungen erzielten ein Ergebnis, dem beide Parteien zuſtimmten. Die Lohnbewegung iſt beendet.

Alle Verbandsmitglieder, die ihren Arbeitsplatz von einem Ort zum andern wechseln wollen, haben in jedem Fall ſich vorher um die in Frage kommenden örtlichen und betrieblichen Verhältnisse beim Zahlſtellenvorſtand zu erkundigen. Das gilt für alle Berufsgruppen in unſerm Verband und für jeden Ort. Beim Unterlaſſen dieſer ſelbſtverſtändlichen gewerſchaftlichen Pflicht kann der Anſchluß aus dem Verband verſagt werden. Kollegen, übt ſelbſtbarität!

Wirtſchaftliche Beſtrafungen von Arbeitern. Ein Arbeiter der Firma W. Luſt in Oberpeilau verſäumt den Zug und kommt dadurch drei Stunden zu ſpät an ſeine Arbeitsſtelle. Die ſofort vorgebrachte Entſchuldigung wird durch den Betriebsleiter abgelehnt, dem Arbeiter wird unterſagt, an dieſem Tage zu arbeiten; alles Weitere werde ihm morgen noch übermittelt werden. Am andern Tages wird der Arbeiter in eine Ordnungsſtrafe von 3 Mk. genommen. Der Betriebsrat gibt ſeine Zuſtimmung hierzu nicht, da ſich der Arbeiter ſofort entſchuldigt habe und außerdem der Firma keinerlei Schaden durch den verſpäteten Arbeitsantritt entſtanden wäre. Bei dem auf Grund unſrer Lohn- und Schadenersatzklage ſtattdeswegen Termin mußte ſich der Betriebsleiter durch den Gewerbegerichts-vorſtanden beſehlen laſſen, daß der Arbeitgeber oder deſſen Stellvertreter kein Recht habe, willkürlich oder ohne Zuſtimmung der Betriebsvertretung Einzel- oder Geſamtſtrafen über die Arbeiter zu verhängen. Wohl oder übel, mußte Herr Betriebsleiter Kauf ſich dazu bequemen, die bereits in Abzug gebrachte Strafſumme wieder zurückzahlen. Der ihm dabei entſtandene Stoff-leuſer: „So etwas iſt mir unverständlich, ich muß doch das Recht haben, meine Arbeiter zu beſtrafen“, ließ erkennen, daß Herr Kauf ebenſowenig von Geſetzeskenntniſſen wie von ſozialer Einſicht entfernt iſt. Vielleicht erſcheint dieſem Herrn das ſelbſtverſtändliche Recht der Arbeiter, in ſolchen Fragen ausſchlaggebend mitzuwirken, einmal noch in anderem Licht, ſobald ſolche Willfür ſich an ihm auszuprobieren verſucht. Herr Kauf hätte allen Anlaß, andre Dinge für unverständlich zu halten; z. B., daß den Arbeitern beim Moſenſchluß der verdiente Lohn nicht oder nur teilweise ausbezahlt wird, während die Firma ſich ſtändig erweitert. Auf die Reſtsumme muß mehr oder minder lange gewartet werden. Uns iſt auch manches andre noch unverständlich. Vor allem, daß der gegen die Arbeiter ſo geſtrenge Herr Kauf gegen ſich ſelbſt weniger ſtreng iſt. Es wäre öfter notwendig, daß er gegen ſich ſelbſt Ordnungsſtrafen verhängte; vor allem bei den Verſtößen wegen allzu vielen Alkoholgenusses. Oder ſchaden deſſen Begleitereimungen, demonſtriert durch den Betriebsleiter auf den Straßen uſw. dem Anſehen der Firma etwa nicht mindereſtens ebenſo, als wenn ein Arbeiter unſchuldig einige Stunden zu ſpät zur Arbeit kommt. Ich kann noch deutlicher werden. X. S.

Jena. Zu der am 9. Auguſt ſtattfindenden Bezirks-verſammlung laden wir die Kollegen von Weimar, Ehringsdorf und Apoſta hiermit ein. Zuſammenkunft vormittags 11 Uhr im Gewerſchaftsraum zum Löwen. Zahlſtelle Jena.

Dresden. Am Montag, dem 20. Juli 1925, fand im Volkshaus für die Steinſeher und Kammer eine vom Kollegen Kirchof einberufene gemeinſchaftliche Verſammlung ſtatt. Ein Vortrag des Kollegen A. K n o l l (Berlin): Die Aufgaben des Breslauer Gewerſchaftskongreſſes, war vorgeſehen. Die Verſammlung hätte beſſer beſucht ſein können. Die im Baugewerksbund organisierten Kollegen glänzten durch Abweſenheit. Der Kollege Knoll war im Zweifel, ſeinen Vortrag, der mehr für eine große Volksverſammlung beſtimmt war, abzuhalten. Aber die Verſammlung wünſchten den Vortrag zu hören, ſo daß Kollege Knoll dem in verkürzter Form nachkam. In feſſelnder Weiſe behandelte Kollege Knoll die Aufgaben, die der Kongreß löſen ſoll; er ging in großen Zügen auf die allgemeine wirtſchaftliche Lage ein mit Erläuterungen auf das Betriebsrätegeſetz, ſeine Licht- und Schattenseiten, ſtreifte die Tätigkeit des Reichswirtſchaftsrates und ſeine Zusammenſetzung, beſprach die dortige Abſtimmung verſchiedener ſozialer Fragen und ſchilderte die Schwierigkeiten, hervorgerufen durch die Chriſtlichen Gewerſchaften. Die Organisationsfrage hängt mit der Wirtſchaftsfrage zuſammen und niemand kann heute das Schickſal der deutſchen Wirtſchaft beſtimmen. Das Dames-Abkommen hat uns eine Atempause gebracht; aber die deutſche Wirtſchaft hat es nicht verstanden, uns in die Höhe zu bringen. Einfluß und Ausfuhr müſſen ins Gleichgewicht gebracht werden. Der Friedensvertrag iſt ein großes Hindernis im Vorwärtkommen, die Produktion leidet darunter. Z. B. Schiffsbau, Luftſchiffbau werden zum Teil als Kriegsmaterial verboten, dadurch iſt uns der Wettbewerb vom Weltmarkt abgeſchnit-

ten und das Schicksal der deutschen Werke festgelegt. Hinzu kommt noch die Vernichtung der Maschinen. Eine Verschönerung von Arbeitskräften ist nicht durchführbar, denn es handelt sich lediglich um Industriearbeiter. Russland, das reichste Land an Erzen und Wald, dabei das ärmste, weil kein Betriebskapital vorhanden ist, gibt wenig Hoffnung. Massenanstellungen sind nicht möglich. Der Referent geht dann näher auf die Lage ein. Die Resolution Dismann, die wohl vor drei Jahren Bedeutung hatte, ist in der jetzigen Zeit nicht mehr anwendbar, denn ein großer Teil der deutschen Betriebe ist überfüllt. Die große Masse ist nicht in der Lage, ihre Kaufkraft zufriedenstellend zu heben. Große Konzerne gehen ihrem Ende entgegen und der Zusammenbruch scheint unausweichlich. Was dann? Das kann noch niemand beantworten. Knoll bespricht noch die großen Industrieerben und ihr Stärkeverhältnis zur Lohnpolitik, Sozialpolitik. Großer Beifall der Anwesenden sollte ihm Dank für den interessanten Vortrag. Es sprachen noch mehrere Kollegen im Sinne des Referenten. Im Schlusswort betonte der Referent ausdrücklich, nicht gegen die großen Verbände operiert zu haben, sondern er fordere vor allem und nachdrücklich das Arbeitsbestimmungsrecht der kleineren selbständigen Verbände. Nach Erlebung einzelner Angelegenheiten war Schluss der antagenden Versammlung.

Rundschau.

Erkrankung des Redakteurs. Aus Anlaß einer Infektion am 16. Juli erkrankte der Kollege Siebold eine Nervenentzündung, die einem völligen Zusammenbruch gleichkommt. Der Verbandsvorsitz handelte gewiß im Einverständnis mit der Gesamtmemberschaft, wenn er dem plötzlich Erkrankten recht baldige Genesung wünscht, damit er im Interesse unserer Bewegung seine Funktion in bewährter Weise wieder ausüben kann.

Aus der Steinindustrie. Am 19. Juni d. J. fand in München die Jahreshauptversammlung des Reichsverbandes der deutschen Plasterer- und Schotterindustrie statt. Der Bericht darüber in der Unternehmerfachpresse läßt nur allerhand vermuten und wenig klar erkennen. So scheint es eine nicht erbauliche Aussprache gegeben zu haben über die deutsch-schwedischen Verhandlungen. Wörtlich heißt es in dem Bericht: „Eingeladene Firmen haben nun zur Wahrung ihrer Interessen ein Sonderabkommen abgeschlossen, welches inhaltlich nicht bekannt, größere Erregung in der Industrie hervorgerufen hat.“ Das ganze läßt tief blicken und bestärkt nur auf neue unsere Stellung zur Zollfrage, die vor einigen Wochen ein namhafter Vertreter der Plastererindustrie „unerhört“ fand. Denn wir hatten die Dreifachheit, in dieser speziellen Zollfrage von „privatkapitalistischer Kapitalgelei“ zu reden. Scheinbar damit doch den Nagel auf den Kopf getroffen zu haben, wie der magere Bericht von München durchsichtigen läßt. Auch die christliche „Steinarbeiter-Zeitung“ glaubte uns belehren zu müssen, daß unsere Stellung nicht den neueren Anforderungen entspricht. Lassen wir ihr dies harmlose Vergnügen, es kostet ja nichts in geldlicher und geistiger Hinsicht.

Aus dem Münchner Bericht ist für die Steinarbeiter noch von Belang die Darlegung des Geschäftsführers über die Durchführung des am 17. Dezember 1924 abgeschlossenen Reichsarbeitsvertrages. Der Berichterstatter (Herr Helle), weist darauf hin, daß die Arbeitnehmerseite sich in letzter Zeit hat verschiedene Vertragsbrüche zuschulden kommen lassen und insbesondere eine Bewegung vorbanden zu sein scheint, die auf eine Verweigerung der 9. Arbeitsstunde hinausgeht. Darüber hinaus haben die Lohnbewegungen und die Forderungen der Arbeitnehmer in letzter Zeit einen Umfang angenommen, der ernstlich zu denken gibt. In den verschiedensten Gebieten ist trotz einstimmiger Haupttarifamtssprüche der Streik erklärt worden. Unserer Auffassung nach ist ein großer Teil der Streiks vertragswidrig, da die geltenden Schlichtungsinstanzen, die unsere Schlichtungsordnung vorschreibt, nicht in Anspruch genommen wurden. Wir haben diesbezügliche Anträge bereits an das Haupttarifamt gestellt, das jedoch noch nicht zu einer endgültigen Entscheidung gekommen ist, weil seine Auffassung von der Arbeitnehmerseite bestritten wird. Die Bestimmungen unseres Reichsarbeitsvertrages und der Schlichtungsordnung sind nicht so klar gefaßt, daß hier ein einwandfreier Schiedspruch gefällt werden kann. Die Arbeitgeberseite muß sich aber einmal darüber klar sein, daß es in der bisherigen Weise nicht weitergehen kann, weil es wohl sehr leicht ist, Löhne aufzubauen, aber sehr schwer, Löhne abzubauen. Der verstärkte Wettbewerb des Auslands und der jetzt schon fühlbar werdende Mangel an weiteren Auftragsengpässen werden in ganz kurzer Zeit zeigen, daß auch die deutsche Plasterer- und Schotterindustrie wieder sehr scharf kalkulieren muß, wenn sie einigermaßen wettbewerbsfähig bleiben will. Da ein wesentlicher Faktor des Preises bei uns der Lohn ist, so muß auch hier wieder jede Lohnherhöhung scharf berechnet werden. In der Aussprache beteiligten sich fast sämtliche Bezirksverbände und wurde anschließend daran der Beschluß gefaßt, die Reichsarbeitsvertragskommission nunmehr für sämtliche sozialpolitischen Fragen zusammenzutreten zu lassen, damit diese Kommission für die Zukunft auch während der Gültigkeit eines Reichsarbeitsvertrages alle mit der Arbeiterschaft vorhandenen Streitfragen regeln könne. Auf beiderseitigen Antrag wurde Herr Direktor Eggemann-Cassel noch in die Kommission gewählt.

Diese Sitane hören wir immer wieder von neuen nun schon seit langen, langen Wochen, ohne einen Schritt in der Klärstellung weiterzukommen. Dazwischen laufen Briefe über Briefe, worin unser Verbandsvorsitz mit seiner präzisierenden Meinung über dieses oder jenes im RWB, von dem Geschäftsführer des Unternehmerverbandes gefaßt wird. Daneben laufen Haupttarifamtssprüche, worin der Geschäftsführer versucht, seiner Auffassung Geltung zu verschaffen. Dabei ist viel Zeit- und Kraftverworsung. Jedenfalls wäre es richtiger, wenn die Tarifkontrahenten sich zusammensetzen und die verdunkelten Vorgänge zu klären versuchen. Auch die Arbeiter haben viel auszusagen an der Handhabung des Tarifes und wenn nun auch sie sich hinstellen und mit demselben Recht wie der Geschäftsführer Helle von „Vertragsbrüchen“ und anderem mehr reden, wo soll das schließlich hinführen? Nur zu einer gegenseitigen Scharfmacherei und zur Vereitelung des RWB! Darum fort mit dem unfruchtlichen Notenbuch der einzelnen Vitaneien und die Angelegenheit recht bald in gemeinsamer Aussprache der Tarifkontrahenten behandeln.

Taschenbuch für die Naturstein-Industrie. Herausgegeben unter Mitwirkung der Redaktion der „Steinindustrie“ von Georg Helle. Preis geb. Ganzleinen 3,80 Mk. Verlag: Union deutsche Verlags-Gesellschaft, Berlin SW 19, Krausenstr. 35/36. — Das Buch ist in erster Linie für Betriebsführer und Betriebsinhaber zusammengestellt; enthält mehr Brauchbares wie Ueberflüssiges. Trotz der guten Ausführung scheint uns der Preis scharf berechnet und gut kalkuliert; mit anderen Worten: Das Taschenbuch ist im Vergleich zu seinem Inhalt, der weniger eigene Arbeit als in der Hauptsache eine Aneinanderreihung von bekannten Bezugsmomenten darstellt — zu teuer. Als ersten Versuch, für die Natursteinindustrie ein übersichtliches Taschenbuch herauszugeben, das nicht an das Kalenderjahr gebunden ist, begrüßen wir die Herausgabe, wobei wir natürlich nicht verstehen wollen, daß die Natursteinindustrie sich nicht beschränken darf auf die Hartsteinindustrie, sondern, wie der Titel sagt, auf die gesamte Natursteinindustrie, und da fehlt in dem Taschenbuch noch sehr viel.

Wer in der „Natursteinindustrie“ tätig ist und dabei auf ein paar Mark nicht zu achten braucht, der laufe das genannte Taschenbuch; es enthält für den Fachmann manche notwendige Information.

Bildhauerarbeiten bei staatlichen Bauten. Im Hinblick auf die kulturelle Bedeutung und zum Schutze dieses Berufes wurde im Preussischen Landtag von der Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung folgender Antrag eingebracht: „Die Staatsregierung wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß bei staatlichen Bauten Bildhauerarbeiten vorgelesen und zur Ausführung gebracht werden. Bereits in Aussicht genommene Bildhauerarbeiten in staatlichen Gebäuden sind sofort zu vergeben.“ Allerdings ist dieser Antrag in allererster Linie für die Selbständigen im Bildhauerberuf gedacht; an die Ge-

hilfen, die durch die wirtschaftlichen Verhältnisse, durch die fiskalische und private Sparpolitik am Bau und der Verringerung im Bauwesen selbst sehr mitgenommen wurden, denkt man erst in letzter Linie. Wir wollen warten, bis die Begründung im preussischen Parlament gegeben wird, kommen dann auf die Angelegenheit zurück.

Der 4. Lehrgang der Akademie der Arbeit ist nach neunmonatiger Dauer am 27. Juni d. J. zu Ende gegangen. Er war von 53 Hörern — 48 Männern und 5 Frauen — aus ganz Deutschland besucht. Die Vorlesungen, Übungen und Arbeitsgemeinschaften umfaßten 868 Stunden; davon entfielen auf allgemeine und Einführungsvorlesungen 120, auf Vorlesungen über Volkswirtschaft 322, über Recht 191, über Staatslehre und Politik 54, über Gesellschaftslehre und Gesellschaftspolitik 181 Stunden. Dazu kam eine Reihe von Exkursionen und von Besichtigungen privater und öffentlicher Unternehmungen und Anstalten.

Der 5. Lehrgang wird am 1. Oktober beginnen und bis zum 30. Juni 1926 dauern. Die Höregebühr beträgt 100 Mk. Anmeldungen sind — am besten in der Zeit vom 15. August bis 1. September — an die Akademie der Arbeit in der Universität Frankfurt am Main, Zimmer 68, zu richten.

Fräulein Elsa gegen Tarifverträge. In der Industrie- und Handelszeitung, einem Sinnesblatt, schreibt in der letzten Zeit ein Fräulein Dr. Elsa Herrmann über Tarif- und Arbeiterfragen. In der Nummer 153 dieses Blattes befindet sich erneut ein Artikel von ihr, betitelt: „Anfang in Tarifverträgen“. Nachdem die streitbare Dame die Größe der Spannungen in Tarifverträgen für Angestellte festgestellt hat, glaubt sie ihr Urteil über den Wert der Tarifverträge folgendermaßen abgeben zu müssen: „Daraus folgt, daß der Abschluß einer großen Zahl von Tarifverträgen vollkommen unsinnig ist und wirtschaftlich gesprochen nichts weiter bedeutet, als eine enorme Verschwendung von Zeit und Kraft.“ Fräulein Elsa hält aber die Tarifverträge direkt als schädlich, denn „die gegenwärtige Regelung der Arbeitsverhältnisse durch Tarifverträge bringt es mit sich, daß der Arbeitseifer und das Streben der Angestelltenchaft vermindert werden muß.“ Zum Schluß schreibt Elsa: Die Wirtschaftslage Deutschlands, die die Entwicklung zum Industrie- und Handelsstaat mit sich gebracht hat, erfordert es, daß die Wertung des Arbeitsverhältnisses durchaus dem Wert der Arbeitsleistung angepaßt wird. Das bedeutet in der Praxis übersetzt: Die ungleichen Tarifverträge, die als Ueberrest aus der überwundenen Inflationszeit stammen, haben ihre Existenzberechtigung verloren. An ihre Stelle muß ein eindeutiges klares Arbeitsrecht treten, das die Rechtsverhältnisse aller am Arbeitsvertrag beteiligten Kreise regelt. Wie sich Fräulein Elsa ein solches Arbeitsrecht, das die Rechtsverhältnisse aller am Arbeitsvertrag beteiligten Kreise regeln soll, denkt, vermag sie bisher auseinanderzusetzen. Uns scheint, daß es für Fräulein Elsa Herrmann ein andres Betätigungsfeld gäbe, als in Unternehmerblättern ihre weibliche Galle gegen die Tarifverträge der Arbeiter und Angestellten zu verspritzen.

Organisiert euch! Dieser Ruf erschallt in letzter Zeit besonders oft in Unternehmerräumen. Der „Deutsche Industrieverband“, Sitz Dresden, macht energische Anstrengungen, um auch den letzten Unternehmer in seine Organisation zu ziehen. Dieser Verband gewährt bei entsprechenden Beiträgen außerordentlich hohe Unterstüßungen bei Streiks und Aussperrungen, er ist also in der Hauptsache eine Streikentschädigungsgesellschaft, die in der Mehrzahl die mittleren und kleineren Unternehmungen umfaßt. In den Mitteilungen dieses Verbandes Nr. 86 befinden sich mehrere Zuschriften von Mitgliedsfirmen, die einige bemerkenswerte Stellen enthalten. So schreibt eine Firma der Strohhutbranche u. a.: „Wir können jedem Industriellen nur dringend raten, sich durch Erwerbung der Mitgliedschaft bei dem genannten Verband die in Streik- und Aussperrungsfällen dringend notwendige Unterstützung zu sichern. Erst dann wird es möglich sein, den noch kommenden Arbeitskämpfen mit der nötigen Ruhe entgegenzutreten.“ Ein Mitglied der Holzindustrie schreibt: „Mögen nun Steuern und Abgaben sowie Zinnungsbeiträge schwer auf uns ruhen, so sollte doch kein Handwerker die Beiträge zu einem Verband scheuen, welcher als Gegenleistung seinen Mitgliedern Streikentschädigung bietet.“ Ich kann alle meine Kollegen den sofortigen Beitritt zum Deutschen Industrieverband nur empfehlen; es soll dies jedoch nicht auf die lange Bank geschoben werden, damit es nicht so spät ist für eine nächste Aussperrung, man weiß ja nicht, was kommen kann.“ Die Arbeiter und Angestellten sollten aus diesen Bemerkungen der Unternehmer, ihre Unterstüßungsorganisation zu stärken, die richtige Lehre ziehen. Sie sollten ihren unorganisierten Kollegen ebenfalls empfehlen, den Beitritt nicht auf die lange Bank zu schieben, denn „man weiß ja nicht, was kommen kann.“ Deshalb lernt von euren Gegnern! Ihr habt die Organisation nötig als sie!

Wie steht es mit dem Wirtschaftsparlament? Es dürften nun bald zwei Jahre werden, daß der vorläufige Reichswirtschaftsrat in praxi wieder aufgehoben wurde. Seit Mitte 1923 hat der Reichswirtschaftsrat nicht wieder getagt, wichtige Ausschüsse ebenfalls nicht. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat und das gesamte System eines Wirtschaftsparlamentes stützt sich bekanntlich auf den § 165 der Reichsverfassung. Dieser § 165 verkörpert das soziale Recht in der geforderten demokratischen Wirtschaftsverfassung und sagt, daß Arbeiter und Angestellte berufen sind, gleichberechtigt mit dem Unternehmertum an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produzierenden Kräfte mitzuwirken. Ein dreistufiges Wirtschaftsparlament sollte die im § 165 niedergelegten Grundzüge mit Leben erfüllen und eine demokratische Wirtschaftsverfassung zu entwickeln versuchen.

Durch Verordnung vom 4. Mai 1920 hat die Reichsregierung bis zur endgültigen Regelung die Spitze dieses wirtschaftlichen Parlaments, den vorläufigen Reichswirtschaftsrat, bestehend aus 326 Mitgliedern ernannt. Zu den Aufgaben dieses vorläufigen Reichswirtschaftsrates gehörte es auch, das dreistufige Wirtschaftsparlament aufzubauen. Ein Ausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates arbeitete an dem Aufbau der Unter- und Mittelstufe des Wirtschaftsparlamentes, den Interessenvertretungen und den Bezirkswirtschaftsräten. Seit Herbst 1922 liegen die Vorschläge für die Unterstufe, seit Herbst 1923 die Vorschläge für die mittlere und obere Stufe des Wirtschaftsparlamentes vor. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat hat auch sonst in den ersten zwei Jahren fleißig gearbeitet und eine reiche Tätigkeit, auch initiativer Art, entfaltet. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Jahres 1923 durch die Ruhrbesetzung gaben den Gewerkschaften Veranlassung, nicht weiter auf die Bewirklichung der gefaßten Beschlüsse zu drängen. Es ist tragisch, daß gerade seit dieser Zeit der Rückschritt der Aufbau des einstweiligen unvollständigen Wirtschaftsparlamentes einsetzte, und zwar aus — Erparnisgründen. Man kann diese Gründe bei gutem Willen vielleicht für das Ende 1923 und den Anfang 1924 anerkennen. Seit dieser Zeit haben sich aber die Reichsfinanzen so entwickelt, daß Erparnisgründe vorzuschützen zur faulen Ausrede wird. Es ist zwar bekannt, daß heute, bei veränderten Verhältnissen, das Unternehmertum kein besonderes Interesse mehr an einem Wirtschaftsparlament mit paritätischer Grundbesetzung hat; aber das kann die Arbeiter und Angestellten nicht veranlassen, sich ein versäumnismäßiges Recht aus — Erparnisgründen — nehmen zu lassen. Wir halten die Zeit für gekommen, daß die Gewerkschaften mobil machen und energisch die Erfüllung der im § 165 Reichsverfassung niedergelegten Garantien fordern.

Adressenänderungen.

3. Gau: Kindisch. Vorl.: Max Gärner, Burkau 293 b. Bischofsberda.
4. Gau: Bantorf. Vorl.: Wilhelm Heise. — Weimar-Chringsdorf. Vorl.: Karl Thiele, Weimar, Schröderstr. 55, II. Kass.: Karl Stang, Chringsdorf b. Weimar Nr. 80. Sektionsleiter für Steinmetzen: Karl Kämpf, Chringsdorf Nr. 143.

- Jena. Vorl.: Meißgater, Dornburger Str. 186. Kass.: Paul Hilger, Wiesenstr. 2.
6. Gau: Wassenhofen. Vorl.: J. Mächtle, Weiler a. d. Zaber, O.-A. Bradenheim, Post Zaberfeld. Kass.: Wilh. Sommer.
8. Gau: Maroldsweisach. Kass.: Wilh. Fiedler.
9. Gau: Lauterbach. Vorl.: Wilhelm Otterlein, Wilhelmshöhe. — Rinderbügen. Vorl.: Heinrich Schnur. Kass.: Heinz Bretthauer.

Briefkasten.

K. Th. Br. Die Aeußerung wird gelegentlich verwendet. Der Betreffende ist mir persönlich bekannt; auch, daß er sich feige leitwärts in die Büsche schlug, als es auf Festigkeit antam. Für Deine Aufmerksamkeit Dank.

Neue Bücher, Zeitschriften.

Die **Illustrierte Reichsbannerzeitung** legt mit ihrer Nummer 30 wieder ein gediegen ausgestattetes Blatt in die Hände der Republikaner. Aufsätze aus verschiedenen Wissensgebieten, Unterhaltungstexte und reiches, gut reproduziertes Bildermaterial machen es leicht, neue Freunde für die Illustrierte Zeitung der Republikaner zu werben, zumal jede Nummer nur 20 Pf. kostet.

Späte Gerechtigkeit ist den Rothäuten Nordamerikas geworden. In den Vereinigten Staaten sieht man sie nicht als Menschen aus niedrigerer Klasse an, wie die durch die Sklaverei nach Amerika gebrachten Neger, dafür sind sie aber fast ganz ausgerottet. Ihre ursprüngliche Wildheit ist mit allen den merkwürdigen Stammesriten längst verschwunden. Aber immer noch sind die Indianer der einstigen unermesslichen Prärien Nordamerikas das Ideal der abenteurerlichen Jugend. Es ist sehr zu begrüßen, daß die bekannte Sammlung „Reisen und Abenteuer“ von Brockhaus sich in dem soeben erschienenen neuesten Band (29), „Unter den Rothäuten“, mit diesen Indianern eingehend beschäftigt. Der Band ist um so wertvoller, als er auch einem hervorragenden deutschen Forschungsreisenden, dem Prinzen Maximilian zu Wied, Gerechtigkeit widerfahren läßt. Der Prinz hatte auf langen Reisen nicht nur die Urmälder Brasiliens kennengelernt, sondern auch die weiten Grasländer am Mississippi und Missouri, in denen damals, in den dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts, tapferste Indianerstämme in großer Zahl ein ungebundenes Leben führten und sich von den Millionen von Büffelherden ernährten. Das Charakterbild, das der deutsche Prinz von den Rothäuten im Wort, und sein Künstlerbegleiter im Bild festgehalten haben, ist von höchster Romantik und fesselt alle Leser, dabei hat der Band den großen Vorzug wissenschaftlicher Genauigkeit. Es ist ein buntes Leben, in das der Leser gerät. Die Weiben, die im Auftrag der großen Pelzkompanien mit den Indianern Handel treiben, sind etwas sehr großartiger Natur und geben an Ungezähligkeit den Indianern nichts nach. Wir erfahren, was der „erste Mensch“ nach der Sage der Indianer alles getan hat. Vor allem die Jugend wird mit Spannung die Schilderung des „Marterfestes der Arche“ verfolgen, das eine starke Prüfung für die Teilnehmer bedeutet. Die Indianer stellen bei ihren Festen alles mögliche dar, Büffel, Adler und anderes Getier, aber vor dem Teufel haben sie große Furcht, und man kann diese Rolle niemandem teilen; wer sich dazu hergeben will, der mag sich selber melden. Der vorzügliche Bilderreichtum des Bandes muß noch besonders hervorgehoben werden. Alles in allem ist diese populäre Ausgabe des wertvollen Reiseberichts eines deutschen Forschungsreisenden und Fürsten eine sehr zu begrüßende Bereicherung der Sammlung „Reisen und Abenteuer“.

Der Preis für die gut ausgestatteten Bände (geb. 2,50 Mk., in Ganzleinen 3,20 Mk.) ist als sehr mäßig zu bezeichnen. Verlag J. A. Brockhaus, Leipzig.

Die 3. Festschrift des **kleinen Brockhaus** ist auch in Wort und Bild sehr interessant und beweist, daß in dem Werk das praktische Leben ebenso zum Worte kommt, wie die Wissenschaft. Wir können unseren Lesern, die den kleinen Brockhaus noch nicht besitzen, nur empfehlen, sich die Vorteile des geringeren Subscriptionspreises, der noch einige Wochen Gültigkeit hat, nicht entgehen zu lassen.

Anzeigen

Berlin.

Montag, den 3. August, nachm. 4 1/2 Uhr findet im Gewerkschaftshaus die **General-Versammlung** der Zahlstelle Berlin für alle Branchen statt.

Tagesordnung: 1. Bericht vom 2. Quartal 2. Regelung der Beitragsfrage. 3. Bericht von den Lohnbewegungen. 4. Verschiedenes. Wir ersuchen alle Kollegen, Steinarbeiter ebenso wie Steinsetzer und Berufsgenossen, in der Versammlung zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.
I. A.: Gustav Nitsche.

tüchtigen Marmorsteinmetz der auf Plattenarbeit gut angeeignet ist, in dauernde Stellung, Antritt kann sofort erfolgen, da kein Steinmetz vorhanden ist.

Alb. Fietsch, Marmor- u. Kunststeinwerk
Gera-Renk, Hermannstraße 13

Wir suchen zum sofortigen Eintritt

tüchtige Steinhauer

für schwedischen Granit — Mehrere

tüchtige Hand- u. Maschinenschleifer

sowie einen tüchtigen

zuverlässigen Werkzeugschmied

Gebr. Vates

Granit- und Syenitwerke, Marktleuthen (Fichtelgebirge)

Wir stellen sofort einige tüchtige **Steinmetzen und Schleifer**

ein

Friedrich Hagelauer & Co.

Granitwerke

Gsteinach, Bahnhofsstation Ochenbruck bei Nürnberg.

Mehrere Steinsetzer

werden zum sofortigen Antritt für

Kleinfenster und Mosaik nach Zella-

Mehlis in Thür., eingestellt.

M. Becker & Söhne, Arnstadt.

Perfekter Marmorschleifer

der Rundscheife und möglichst auch

Torpedosäge bedienen kann, sofort ge-

sucht. Werkwohnung kann event. ge-

stellt werden.

J. Melchert, Dessau, Heidestraße 88.

Arbeitslosen

in Manhester, Tuchleder, Pilot etc.

in pa. Ware liefert nach Maß

Ernst Thiele, Zittau, Sa., Dertelplatz 5

Zahlstellen und Sammelanträge erhält.

Rabatt und 4 Wochen Kredit

Suche Stellung

als Maschinenmeister, 4 J. verb., bin

mit sämtlichen Arbeiten und Repa-

turen in der Steinindustrie vertraut.

Zeugnisse vorh. Angeb. u. Maschinen-

meister an die Exp. des Steinarbeiters.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik einlamdiert werden

In **Hasserode** am 18. Juni der Granitsteinmetz **Karl Schneevogt**, 31 Jahre alt, Magentrebs.

In **Waldenburg** am 30. Juni der Steinsetzer **Alfred Handl**, 47 Jahre alt, Lungentuberkulose.

In **Ströbel** am 30. Juni der Hilfsarbeiter **August Nagler**, 50 Jahre alt, freimüßig aus dem Leben geschieden.

In **Häslicht** am 7. Juli der Hilfsarbeiter **Julius Hermann**, 64 Jahre alt, magentranf.

In **Lutter a. Brbg.** am 11. Juli der Sandsteinmetz **August Hartung**, 51 Jahre alt, Lungenerkrankung.

In **Augsburg** am 13. Juli der Steinarbeiter **Michael Ritter**, 48 Jahre alt, ertrunken.

In **Böbau** am 18. Juli der Schleifer **August Weikert**, 69 Jahre alt, Herzschlag.

In **Bühlertal** am 12. Juli der Steinmetz **Johann Blust**, 49 Jahre alt, Gehirnkrankheit.

In **Eisleben** am 19. Juli der Steinsetzer **Emil Rennert**, 53 Jahre alt, Lungenerkrankung.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winkler beide in Leipzig.

Druck: Leipziger Buchdruckerei „Allgemeine Druckerei“, Leipzig.